



POLEN

UNGARN

DDR

TSCHECHOSLOWAKEI

BULGARIEN

RUMÄNIEN



DAS ENDE
EINES
SYSTEMS

DAS ENDE EINES SYSTEMS



Das Projekt wurde
aus den Mitteln des
Außenministeriums
Republik Polen mitfinanziert

Konzeption:
ZBIGNIEW GLUZA

Verantwortlicher Redakteur:
PIOTR GŁOGOWSKI

Mitarbeit:
AGNIESZKA DĘBSKA, BARTOSZ KALISKI

Übersetzung:
RUTH U. HENNING / EWA CZERWIAKOWSKI
/ KATARZYNA DAWID

Koordination der zweiten Ausgabe:
ŁUKASZ BERTRAM

Textrecherche:
MAŁGORZATA KUDOSZ, MATEUSZ SIDOR

Bildrecherche:
EWA SULARZ

Weitere Ikonographische Quellen:
JOANNA ŁUBA

Grafische Gestaltung:
DANUTA BŁAHUT-BIEGAŃSKA

Bildbearbeitung:
PIOTR JANECZEK, PIOTR SUWIŃSKI

Satz:
TANDEM STUDIO

Die Veröffentlichung ist unter folgender Lizenz verfügbar: Creative Commons Namensnennung-Nicht kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Polen (CC BY-NC-ND). Weitere Informationen über Lizenzierung: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/pl/>

Einbandbild: Warschau, der 17. November 1989 Demontage des Denkmals von Feliks Dzierżyński, Gründer der sowjetischen politischen Polizei in Tschechien (rus. ЧК) (später Innenministerium der UdSSR, (rus. НКВД)).
Foto Jarosław Stachowicz / FORUM

Bei den in der vorliegenden Veröffentlichung zum Ausdruck gebrachten Meinungen handelt es sich um die Ansichten der Autoren.
Die in der Veröffentlichung präsentierten Inhalte müssen keinen offiziellen Standpunkt des Außenministeriums Polen darstellen.

STIFTUNG ZENTRUM KARTA
ul. Narbutta 29, 02-536 Warszawa
Telefon. +48 (22) 848-07-12
e-mail: ok@karta.org.pl
www.karta.org.pl

Warschau 2014
Zweite korrigierte Ausgabe
978-83-64476-08-2

DER POLNISCHE Z Ü N D E R

Zbigniew Gluza

Das an der östlichen Seite des „Eisernen Vorhangs“ befindliche Europa wurde 1989 zum Schauplatz einer außergewöhnlichen Erfahrung. Wie selten in der Geschichte, standen damals viele Völker vor einer großen Chance, ihr Schicksal völlig zu ändern. Das Jahr 1989 verging so intensiv, als ob die ganze freiheitliche Umwälzung des Mittel- und Osteuropas sich in seinem Rahmen vollziehen müsste. Die Vorzeichen der Systemwende waren im Januar noch nur gering. Im Dezember wurde das neue unabhängige Sein Realität für Polen, Ungarn und Tschechoslowakei; auch in der DDR, Bulgarien, Rumänien und den baltischen Republiken der UdSSR fand eine tiefe Verwurzelung der Transformationsidee statt. Für Polen wurde das Jahresende, als das „freiheitliche“ Staatswappen und der Staatsnamen wiedereingeführt wurden, zu einem starken Zeichen der Rückkehr zur Unabhängigkeit.

Die beiden Hälften jenes Jahres vergingen äußerst unterschiedlich. Die erste von ihnen stand im Zeichen der Untergangsphase des kommunistischen Systems. Eines noch mit allen seinen typischen Merkmalen behafteten Systems: mit der Arroganz und Brutalität der Macht (wie in DDR, Tschechoslowakei oder sowjetischen Georgien), wirtschaftlicher Katastrophe, gesellschaftlicher Apathie und einem allgemeinen Gefühl der Hoffnungslosigkeit. Die Unentbehrlichkeit der Änderungen war damals schon selbstverständlich, die Kommunisten waren allerdings noch im Stande, jedes einzelne Zeichen des Widerstands zu unterdrücken. Die zweite Hälfte wurde durch die lawinenartig zunehmenden freiheitlichen Haltungen in den jeweiligen Gesellschaften markiert. Zum Durchbruch kam es dazwischen.

Wir möchten das Bild der Gesellschaften darstellen, die jenes Jahr als einen echten Staffellauf erlebt haben. Ohne sich direkt zu verständigen, zum Handeln aufzurufen und ohne zuvor die Daten vereinbart zu haben, überreichte das eine Volk dem anderen den Staffelstab. Die in einem Land beendete Aktion wurde reibungslos in einem anderen fortgesetzt. Die nationalen Kulminationen erwiesen sich im Grunde genommen als völlig getrennt, wie die Etappen eines Staffellaufs eben. Der Frühling gehörte den Polen. Der Sommer – den Ungarn und der „Baltischen Kette“. Der Herbst – der Deutschen, Tschechen, Slowaken und Bulgaren. In der ersten Wintertagen haben auch die Rumänen den Umbruch gespürt.

Am 4. Juni 1989, an dem Tag eines im Europa einzigartigen Gewinns der polnischen Gesellschaft gegen die kommunistische Macht, wurden die auf dem Platz des himmlischen Friedens rebellierenden chinesischen Studenten massakriert. Dort waren die bedrohten Kommunisten vor Verbrechen nicht zurückgeschrocken und sind an der Macht bis heute geblieben. In den demokratisierten Ländern, die im Laufe der Zeit der Europäischen Union beigetreten sind, scheint ein Rückfall in den Kommunismus nach 25 Jahren eher unglaublich.

Hätten alle Europäer in einer stabilen, demokratischen Welt, gelebt, wie wir es tun, würde dem Zurückkehren zum Beginn dieses Vierteljahrhunderts keine große Bedeutung beigemessen. Das Jahr 2014 in der Ukraine erinnert jedoch daran, dass sich nach 1989 nicht das ganze Europa verändert hat, sondern nur die Grenze, die es trennt, wurde nach Osten verschoben.

Z E H N J A H R E V O R G E S C H I C H T E

Bartosz Kaliski

Ende der 1970er Jahre deutete nichts daraufhin, dass der sowjetische Block nur noch zehn Jahre existieren würde. Noch im Dezember 1979 schickte der Kreml, überzeugt von seiner imperialen Macht, Truppen nach Afghanistan. Die demokratische Opposition in Polen wurde seit 1976 immer aktiver – konspirativ agierte die Polnische Verständigung für Unabhängigkeit, öffentlich wirkten das Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KSS „KOR“) und die Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte. Ende der 1970er Jahre wurden Programme zur Erringung von Demokratie und Unabhängigkeit erarbeitet.

Als im Juni 1979 Johannes Paul II. auf seiner Pilgerfahrt nach Polen kam, begrüßten ihn Millionen, die ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation jenseits der kommunistischen Herrschaft erkannt hatten. Die Papstworte in Warschau: *„Möge Dein Geist herabkommen und das Angesicht der Erde, dieser Erde, erneuern!“* wurden nicht als Appell, sondern als Ankündigung verstanden.

Zu dieser Zeit gaben die tschechoslowakischen Intellektuellen ihre Hoffnungen auf, die mit der Anerkennung der Schlussakte von Helsinki (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) zusammenhingen. Gustáv Husák, Generalsekretär der KPČ, war zu keinem Dialog bereit. Die Unterzeichner der CHARTA 77 und die Mitglieder des Komitees zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt (u.a. Václav Havel) oder zur Emigration gezwungen.

In Rumänien verschärfte das kommunistisch-nationalistische Regime die Repression. Der Sicherheitsapparat erreichte monströse Ausmaße, der Personenkult um den Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu blühte. Oppositionelle wurden in die Psychiatrie eingewiesen oder des Landes verwiesen. 1979 wurden die Gründer der Freien Gewerkschaft rumänischer Werktätiger zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

In Ungarn schlossen sich die unzufriedenen Intellektuellen zusammen, solidarisierten sich mit der CHARTA 77 und dem KSS „KOR“. Eindeutig oppositionellen Charakter hatte der 1979 gegründete SZETA-Fonds zur Unterstützung der Armen.

In Bulgarien war die Bulgarische CHARTA 77 die wichtigste Protestaktion dieser Zeit. Alle Aktivitäten wurden vom Sicherheitsdienst, der auch vor Meuchelmorden nicht zurückschreckte, rücksichtslos verfolgt.

Eine Besonderheit der Opposition in der DDR war ihre enge Bindung an die protestantische Kirche, die den rebellierenden Jugendlichen Zuflucht gewährte. Besonders populär war die Friedensbewegung, die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes forderte, sowie ökologische Initiativen.

Im Sommer 1980 nahmen die angesichts der zunehmenden Streikwelle hilflosen polnischen Kommunisten Verhandlungen mit den Arbeitern an der Ostseeküste auf und erfüllten schließlich deren Hauptforderung nach Zulassung einer unabhängigen Gewerkschaft. Die ab September 1980 entstehende, Millionen starke Solidarność wurde zu einer gesellschaftlichen Bewegung. Während ihrer legalen Tätigkeit in den Jahren 1980/81 erlebte Polen eine

Freiheit, wie es sie bis dahin im sowjetischen Block nicht gegeben hatte. Die polnische Revolte wurde von Anfang an durch sowjetische Drohungen begleitet. Im Dezember 1980 wurde der Befehl zur Intervention, nach einer diplomatischen Aktion der USA, aufgehoben. Im März 1981, als Solidarność imstande war, das ganze Land mit einem Generalstreik lahm zu legen, drohten die Sowjets erneut militärisch. Aber Anfang Dezember, als General Wojciech Jaruzelski begann, mit Solidarność abzurechnen, verweigerte der Kreml militärische Garantien, für den Fall, dass die „interne“ Aktion fehlschläge.

Die Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 und die Internierung Tausender Oppositioneller zeigten die Schwäche der Kommunisten, die nur dazu imstande waren, Gewalt anzuwenden. Solidarność wurde verboten, aber Zehntausende organisierten sich konspirativ. Die westlichen Demokratien unterstützten die Untergrundbewegung. Für sie war der Solidarność-Vorsitzende und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1983, Lech Wałęsa, Inbegriff der polnischen Bestrebungen. Auf die von Solidarność ausgehende Systembedrohung hin verschärften die Länder des Sowjetblocks ihre Innenpolitik und rechneten brutaler mit den Oppositionellen ab. Seit Mitte der 1980er Jahre kamen dann aus Moskau Entspannungssignale.

Nach der Amnestie vom September 1986 verzichteten die polnischen Behörden auf politische Verhaftungen. Solidarność baute wieder offene Strukturen auf. Die Streiks vom Frühling und Herbst 1988 zeigten, dass die Grundfesten des Systems von sozialer und wirtschaftlicher Stagnation bedroht waren. Die Kommunisten waren dialogbereit, ermutigt von den Veränderungen in der Sowjetunion (Glasnost, Perestroika), die in der DDR abgelehnt, von Ceaușescu kritisiert und in Bulgarien mit großen Vorbehalten behandelt wurden.

Die polnische Opposition organisierte sich im Dezember 1988 im Bürgerkomitee beim Solidarność-Vorsitzenden Lech Wałęsa, unter der Führung von Tadeusz Mazowiecki und Bronisław Geremek, und beschloss, Gespräche mit dem Reformflügel der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) aufzunehmen und ihn vorsichtig zu unterstützen. Unter Vermittlung der katholischen Kirche begannen die Vorbereitungen zum Runden Tisch. Als Befürworter des Dialogs traten auf Seiten der Regierenden General Wojciech Jaruzelski und General Czesław Kiszczak (Innenminister) auf, die für den früheren Angriff auf die Gesellschaft verantwortlich waren.

Auch in anderen Ländern kam es zum Wandel. Ende 1987 trat Gustáv Husák vom wichtigsten Amt der tschechoslowakischen Partei zurück; im Land gährte es, Protestaktionen nahmen zu, aber das System griff immer noch zur Repression. In Ungarn wurde über einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Stagnation diskutiert; als im Mai 1988 János Kádár als Parteivorsitzender zurücktrat, begann man mit Marktformen und öffnete das Land für westliche Investoren.

Das Jahr 1988 endete im kommunistischen Teil Europas im Bewusstsein dessen, dass das System doch an Kraft verliert.

P O L E N

**In Polen dauerte es zehn Jahre, in Ungarn
zehn Monate, in der DDR zehn Wochen,
dann braucht es in der Tschechoslowakei
wohl nur zehn Tage...**

Timothy Garton Ash im Gespräch mit Václav Havel.
23. November 1989 im Theater Laterna Magika, Prag



Gdansk, 3. Juni. Rallye der Solidarność,
die vor der Parlamentswahlen organisiert wurde.

Foto Jan Juchniewicz / Zentrum KARTA (ZK)

General Wojciech Jaruzelski, Vorsitzender des Staatsrats, in seiner Neujahrsansprache:

Das Jahr 1989 wird für Polen zweifellos ein Jahr voller wichtiger, bedeutsamer Umgestaltungen.

Was soll ich zum Jahresbeginn wünschen? Lasst uns alle alles tun, damit das kommende Jahr für Polen neue und weite Horizonte öffnet.

Mögen die inneren Veränderungen die Ruhe im Land festigen, die Gesellschaftsordnung sichern, starke Grundlagen für eine nationale Verständigung schaffen.

Mögen sie real und nachhaltig zur Umwandlung und zum Wiederaufleben des Sozialismus beitragen, zum Entspannungsprozess in Europa. [20]

4. JANUAR

– Am 7. Jahrestag des Verbots des Unabhängigen Studentenverbands findet in Kattowitz eine illegale Demonstration der akademischen Jugend statt. Die Teilnehmer skandieren: „*Minister Kiszczak, wir wollen legal tätig sein.*“ Die Intervention der Miliz endet mit der Festnahme einiger Personen. Die Studenten demonstrieren zwei Wochen lang in verschiedenen Städten. Sie fordern die erneute Zulassung des während des Kriegsrechts aufgelösten Unabhängigen Studentenverbands, einer studentischen Parallelorganisation zu Solidarność.



Warschau, im Januar. Straßenhandel mit Altkleidern.

Foto Bernard Bisson / SYGMA/CORBIS/FotoChannels

6. JANUAR

– **UdSSR.** Der stellvertretende Außenminister, Jurij Woroncow, bestätigt während des Treffens mit einer Delegation afghanischer Partisanen den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan bis zum 15. Februar 1989.

10. JANUAR

– **UdSSR.** In Wilna findet eine oppositionelle Kundgebung statt, zu der die konspirative Freiheitsliga Litauens und die antikommunistische Demokratische Partei aufgerufen haben. Die Menge von 50.000 Menschen fordert die Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens. Die Behörden intervenieren nicht.

6. JANUAR

– In Warschau findet ein Treffen statt, an dem sich folgende Personen beteiligen: Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Stanisław Ciosek, Solidarność-Berater Tadeusz Mazowiecki und der Leiter der Presseabteilung des Polnischen Episkopats, Pfarrer Alojzy Orszulik. Gesprächsthema ist die Frage nach der Möglichkeit eines Systemwandels in Polen und der erneuten Zulassung von Solidarność.

Weitere Treffen in dieser Zusammensetzung finden alle paar Tage während des ganzen Januar statt. Pfarrer Orszulik notiert: *„Mazowiecki und ich legten fest, dass der Beschluss des Plenums [des ZK der PVAP] in bezug auf Solidarność so formuliert sein muss, dass er nicht nur für den [Partei-]Apparat annehmbar ist, sondern auch für die Gesellschaft, denn sonst wird er keine Öffnung bringen. [...] Über die Bedingungen der Zulassung werden wir diskutieren.“*



Graffiti der Föderation der Kämpfenden Jugend



Untergrund-„Briefmarke“ mit dem Bildnis General Wojciech Jaruzelskis: „Unser böser Winter“. Sammlung Zentrum KARTA (ZK)

Aus den Neujahrsgrüßen eines Intelligenzvertreters der VRP im Untergrundblatt Opinia Bialostocka:
Was wünschen wir [...] uns zum Jahreswechsel 1989? Ein freies und von der Moskauer- und der PVAP-Diktatur unabhängiges Polen. Ein Mehrparteiensystem und gleiche Mandatsverteilung im Sejm für die alten und neuen oppositionellen Parteien. Eine Würdigung [...] in der Systemreform. Medikamente für den Kampf gegen die „ideologische Lungenentzündung“. Farbfernseher und Zugang zum Fernsehen nicht nur für die rote Propaganda. Gehälter, die mindestens für 500 Portionen Bigos reichen, damit die Kraft zum Kampf für ein unabhängiges Polen reicht. Das ist doch nicht so viel.

Bialystok, im Winter [33]

11. JANUAR

– **UNGARN.** Das Parlament verabschiedet Gesetze zur Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Die Gesetze ermöglichen die Durchführung von Kundgebungen und erlauben die Gründung nichtkommunistischer politischer Parteien, präzisieren jedoch nicht die Registrierungsformalitäten. In der Umgebung des Parlaments sind Demonstrationen verboten.

DOŚĆ CZERWONEGO TERRORU NYS

Transparent des Unabhängigen Studentenverbands aus Krakau: „Schluss mit dem roten Terror“.



„...Ich möchte gern, aber ich fürchte mich!“
Zeichnung Tomasz Rzeszutek. Aus der Sammlung
des Karikaturmuseums

18. JANUAR

– Das Plenum des ZK der PVAP berät seit zwei Tagen und beschließt trotz Widerstands eines Teils seiner Mitglieder zum Ende der Sitzung, Solidarność wieder zuzulassen. Die Bedingung der Opposition für die Wiederaufnahme der Verhandlungen wird somit erfüllt. In der *Stellungnahme des Zentralkomitees zur Frage des politischen und gewerkschaftlichen Pluralismus* heißt es: „Am Runden Tisch müssen die Organisationsformen einer auf breitere Grundlagen gestützten nationalen Verständigung festgelegt werden. Dort sollten auch die Bedingungen, die Art und Weise sowie der Zeitablauf der Einführung des gewerkschaftlichen Pluralismus sowie die Ermöglichung, neue Gewerkschaften, darunter Solidarność, zu gründen, vereinbart werden.“

16. JANUAR

– **TSSCHECHOSLOWAKEI.** In Prag zerstreut die Miliz mit Gummiknüppeln, Tränengas und Wasserwerfern eine Kundgebung auf dem Wenzelsplatz, an dem Ort, an dem sich vor zwanzig Jahren Jan Palach aus Protest gegen die Invasion der Truppen des Warschauer Pakts selbst verbrannt hat. Der Sicherheitsdienst nimmt viele Demonstranten fest, u.a. Václav Havel und Sprecher der Charta 77.

18. JANUAR

– **DDR.** Erich Honecker, Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands äußert sich zur Berliner Mauer: „Sie wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.“

27. JANUAR

– In Magdalenka bei Warschau findet ein zuvor vereinbartes Treffen zwischen Regierungs- und Solidarność-Vertretern zur Vorbereitung des Runden Tisches statt. Es fallen Entscheidungen, die den Beginn der Gespräche zu einem bestimmten Termin ermöglichen und eine Arbeitsteilung zwischen drei Arbeitsgruppen festlegen. In einem nach dem Treffen veröffentlichten Kommuniqué heißt es: „Nach Vereinbarung eines Sozialvertrags wenden wir uns an den Staatsrat wegen der Änderung des Gesetzes über die Gewerkschaften, und am Runden Tisch legen wir den Termin der Neugründung von Solidarność fest.“ Der Weg zu Verhandlungen steht offen.



Warschau, 28. Januar. Pressekonferenz von Solidarność nach dem Treffen in Magdalenka. Von links sitzend: Tadeusz Mazowiecki, Lech Wałęsa, Bronisław Geremek.
Foto Erazm Ciolek / FORUM

Aus den Notizen

von Pfarrer Alojzy Orszulik:

Mazowiecki: Es herrscht nicht nur eine wirtschaftliche und politische Krise, sondern auch großes Misstrauen in der Gesellschaft. Das müssen wir bedenken. Nicht Dokumente, sondern Tatsachen werden dieses Misstrauen überwinden. Eine solche Tatsache wird der Runde Tisch und dessen erfolgreicher Abschluss sein, doch entscheidend ist die Zulassung von Solidarność. Zweitens geht es um ein historisches Experiment, wodurch die Gesellschaft praktisch begreifen sollte, dass das, worüber wir sprechen, kein bloßer Schein ist, sondern der Beginn eines grundlegenden Wandels. Das dritte Element besteht in Einmaligkeit und Offenheit. Einmaligkeit bedeutet, dass diese Wahlvereinbarung für jetzt gilt und nicht für immer; Offenheit, dass wir die Gesellschaft offen und klar über diese Vereinbarung informieren müssen.

Magdalenka bei Warschau, 27. Januar [34]

Bronisław Geremek, Solidarność-Berater:

Wir hatten das Bild eines nationalen Dramas vor Augen. Wir wussten, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch blitzartig eintritt, also dass wir, wenn wir nicht schnell einen Vertrag, Pakt oder eine Verständigung erzielen, in einem in Trümmern liegenden Polen aufwachen. Hätten wir Polen als jemandes Landgut behandelt, wäre es natürlich besser gewesen, abzuwarten, bis der Verwalter seine Unfähigkeit endgültig beweist, den totalen Ruin herbeiführt, um dann die ganze Macht auf einmal zu übernehmen. Es ging aber nicht um ein Landgut, sondern um unser Land.

Warschau [14]

29. JANUAR

– **UNGARN.** Die Kommunisten geben zu, dass im Jahr 1956 ein „Nationalaufstand“ und nicht – wie bisher behauptet – eine „Konterrevolution“ stattfand. Diese Erklärung der Partei ist ein wesentliches Anzeichen für die bevorstehenden Veränderungen in Ungarn.

János Kis, ungarischer Oppositioneller:

Wieder stehen die Forderungen von 1956 auf der Tagesordnung. Einige von ihnen, wie die nach einer neutralen Außenpolitik des Landes, liegen noch fern. Andere, wie die nach dem verfassungsmäßigen Mehrparteiensystem, gehören schon zu den unmittelbaren Zielen des politischen Kampfs. Das ist eine entscheidende psychologische Wende. [31]



Untergrund-„Briefmarke“. Sammlung ZK

5. FEBRUAR

– In Warschau tagt der 3. Kongress der Konföderation Unabhängiges Polen (KPN). Die Tagung wird durch eine Intervention von Miliz und Sicherheitsdienst gestört. Der Kongress kritisiert in einer Erklärung die Idee von Gesprächen mit Regierungsvertretern.

Auch die Polnische Unabhängigkeitspartei widerspricht jeder Art von Gesprächen mit den Machthabern und beschuldigt die Kommunisten wegen der vollständigen Ruinierung Polens und der Repressionen. *„Der Teil der polnischen unabhängigen Kräfte“* – heißt es in einer Resolution der Partei – *„der sich mit den Verantwortlichen für den Kriegszustand an einen gemeinsamen Tisch setzte, unterstützt ungewollt die Herrschaft der kommunistischen PVAP.“*



Warschau, 5. Februar. 3. KPN-Kongress. Foto Jerzy Koźnik / FORUM

6. FEBRUAR

– **DDR.** Der DDR-Grenzschutz tötet den 20jährigen Chris Gueffroy während eines Fluchtversuchs über die Mauer nach Westberlin und verletzt dessen Kollegen schwer. Die Grenzschützer schießen aus nächster Entfernung auf die Flüchtlinge, obwohl beide auf Aufforderung stehen geblieben waren. Nach der Aktion bekommen vier Grenzschützer das „Leistungsabzeichen der Grenztruppen“ und je 150 Mark Prämie.

11. FEBRUAR

– **UNGARN.** Das Gesetz zur Wiedereinführung des Mehrparteiensystems wird verabschiedet, worauf hin etwa 50 politische Gruppierungen ihre Tätigkeit sofort wieder aufnehmen. Die regierenden Kommunisten gehen den nächsten Schritt in Richtung Dezentralisierung des Systems.

6. FEBRUAR

– Im Pałac Namiestnikowski in Warschau beginnen die Plenargespräche am Runden Tisch. 57 Personen, die die Regierungs- und Oppositionsseite repräsentieren, nehmen daran teil. Jerzy Turowicz, Teilnehmer für die Opposition, stellt fest: „Ich weiß, dass wir vom System des realen Sozialismus nicht von einem Tag auf den anderen in die vollständige Demokratie übergehen werden, dass es unabdingbar ist, vernünftige Kompromisse zu schließen,“ aber „ohne realen, weitgehenden Wandel unseres politischen Systems und seiner Praxis wird es keine Verständigung zwischen den Regierenden und der Gesellschaft geben.“ Nach den einleitenden Ansprachen wurde beschlossen, drei Arbeitsgruppen, sogenannte kleine Tische, einzuberufen. Gegenstand der Verhandlung soll die Ausarbeitung von Grundlagen zur Pluralisierung des gesellschaftlichen Systems und zur Verbesserung des Wirtschaftssystems in Polen sein, die für beide Seiten annehmbar sind.

Aus der Ansprache Lech Wałęsas zu Verhandlungsbeginn am Runden Tisch:

Unsere Anstrengung wurde und wird vergebend, die Arbeit schlecht bezahlt, nichts ist normal. Das ist das Ergebnis des schlechten Systems, mangelnder Freiheit. Immer noch fühlen wir den Atem Stalins im Rücken. So kann es nicht weiter gehen. Das muss sich ändern – damit man in Polen leben kann, damit sich die Polen als Hausherrn im eigenen Land fühlen.

[...] Dieser Tisch wird mit nationaler Hoffnung, aber auch mit Misstrauen gesehen. Es wird Leute geben, die das, was wir ausarbeiten, nicht akzeptieren. Das dürfen wir nicht übersehen und müssen es achten. Wir erwarten aber von allen ein loyales Verständnis für die Wichtigkeit dieser Sache, die wir in Angriff nehmen, und für die Verantwortung, die dieser Moment verlangt.

Warschau, 6. Februar [57]



Warschau, 6. Februar. Verhandlungsbeginn am Runden Tisch. Zur Linken – die Regierungsseite, zur Rechten – die Opposition. Foto Erazm Ciolek / FORUM

13. FEBRUAR

– **UdSSR.** In Kischinau organisiert die Moldawische Demokratische Bewegung eine unabhängige Demonstration. Etwa 10.000 Demonstranten fordern die Wiedereinführung des lateinischen Alphabets und die Anerkennung der moldawischen Sprache als Amtssprache. Die Versammlung endet mit einer Intervention der sowjetischen Miliz, mehr als 20 Teilnehmer werden festgenommen.

16. FEBRUAR

– **UdSSR.** Während einer Kundgebung zum 71. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Litauens in Wilna, an der 300.000 Menschen teilnehmen, rufen die Führer der von Kommunisten dominierten Sajudis (Erneuerungsbewegung Litauens) unter gesellschaftlichem Druck die Aufnahme des Unabhängigkeitskampfes aus. Die kommunistischen Behörden tolerieren die litauischen nationalen Kundgebungen.





Warschau, 6. Februar. Verhandlungsbeginn
am Runden Tisch. Foto Anna Pietusko / ZK



Breslau, 22. März. Teilnehmer des Ostermarsches überreichen den Milizangehörigen Blumen. Foto Mieczysław Michalak / ZK

19. FEBRUAR

– **UdSSR.** Die Belarussische Nationale Front organisiert in Minsk die erste, von den Regierenden zugelassene, Demonstration der Opposition, an der sich rund 40.000 Menschen beteiligen. Die Demonstranten tragen Nationalfahnen und fordern die Abschaffung der führenden Rolle der Partei, die Einberufung einer weißrussischen Armee und die Erhebung des Weißrussischen in den Rang der Landessprache.

5. MÄRZ

– **UdSSR.** Auf Initiative der unabhängigen Organisation Memorial findet im Gorki-Park in Moskau eine legale Kundgebung statt, an der sich mehrere Tausend Menschen beteiligen. Die Redner erinnern an die Verbrechen Stalins (am Jahrestag seines Todes) und fordern seine offizielle Verurteilung. Einen Tag später fordern einige Tausend Ukrainer in Kiew einen nationalen Trauertag für die Opfer des Stalinismus.



25. FEBRUAR

– Trotz Präventivmaßnahmen des Sicherheitsdienstes (über 100 Festnahmen auf Bahnhöfen und Busbahnhöfen) findet in Jastrzębie die erste Arbeitssitzung des Kongresses der Anti-System-Opposition statt. Etwa 50 Vertreter verschiedener Gruppierungen, u.a.: Konföderation Unabhängiges Polen, Freiheit und Frieden, Kämpfende Solidarität, Polnische Sozialistische Partei – Demokratische Revolution und die Polnische Unabhängigkeitspartei beteiligen sich daran. Im Schlussdokument kritisieren die Versammelten sowohl die kommunistischen Machthaber als auch Lech Wałęsa und andere Teilnehmer an den Verhandlungen mit der Regierungsseite. Die Stellungnahme des Kongresses ist eindeutig: *„Jegliche Kompromisse mit den Kommunisten dienen einzig und allein der Aufrechterhaltung des zusammenbrechenden Regimes, unabhängig von den Absichten derer, die sie vereinbaren.“*

2. MÄRZ

– Czesław Kiszczak und Lech Wałęsa treffen sich in Magdalenka bei Warschau, um einen Durchbruch in den in die Sackgasse geratenen Gesprächen am Runden Tisch zu erzielen. Das Treffen dauert 7,5 Stunden. Die Treffen in Magdalenka werden bis zum Ende der Verhandlungen am Runden Tisch wiederholt, wenn sich beide Seiten auf keinen Kompromiss einigen können.

15. MÄRZ

– **UNGARN.** Am Jahrestag des Völkerfrühlings findet in Budapest eine Kundgebung mit mehreren Tausend Menschen statt. Auf der Treppe des Fernsehgebäudes verliest der Schauspieler Györgi Cserhalmi die Forderungen der Opposition. Vertreter der Kämpfenden Solidarität verteilen 5.000 Flugblätter, die den Aufstand 1848, das Band beider Völker und die aktuelle politische Situation beider Länder aufgreifen.

26. MÄRZ

– **UdSSR.** Die ersten teilweise demokratischen Wahlen zum Volksdeputiertenkongress der UdSSR, der den Obersten Sowjet aus seinen Reihen wählt, finden statt. Ein Drittel der Parlamentssitze ist für die Mitglieder der KPdSU vorbehalten, um die anderen zwei Drittel rivalisieren an der Basis nominierte Kandidaten, die verschiedene Institutionen, Betriebe und legale Organisationen repräsentieren.

Bronisław Geremek:

Waren wir mit den 65 Prozent für die Kommunisten einverstanden? Haben wir ihnen diese 65 Prozent zugebilligt? Nein, denn sie hatten schon 100 Prozent. Wir waren dagegen damit einverstanden, dass sie dem Volk von ihren 100 Prozent 35 Prozent abgeben. [...] Wir sind von einem System ausgegangen, in dem die Gesellschaft überhaupt nichts zu sagen hatte. Niemand hat das Volk gefragt, wer im Sejm sitzen soll. 40 Jahre lang hat die Partei darüber entschieden. [14]

5. APRIL

– Nach zweimonatigen Verhandlungen wird der Runde Tisch beendet und in Warschau die Schlusserklärung unterschrieben. In der *Stellungnahme zu den politischen Reformen* heißt es: „Entsprechend dieser Aufteilung gehen 60 Prozent der Abgeordnetenmandate an die Koalition von PVAP, Bauernpartei und Demokratischer Partei, weitere 5 Prozent gehen an die drei christlichen Gruppierungen (PAX, Polnischer Katholischer Sozialverband, Christliche Sozialunion). Die von unabhängigen Bürgergruppierungen nominierten parteilosen Kandidaten rivalisieren um 35 Prozent der Abgeordnetenmandate.“



Warschau, 5. April. Letzte Tagung des Runden Tisches. Foto Krzysztof Miller / Agencja Gazeta

7. APRIL

– **UdSSR.** In Tiflis findet eine Massendemonstration statt. Tausende Georgier versammeln sich vor dem Parteisitz und fordern Souveränität und territoriale Integrität Georgiens. Der Protest dauert ohne Unterbrechung Tag und Nacht, die Kundgebung wächst auf 200.000 Teilnehmer an.

7. APRIL

– Der polnische Sejm beschließt die Verfassungsänderungen, in denen der Senat und das Amt des Präsidenten eingeführt werden. Auch eine neue Wahlordnung für beide Parlamentskammern und das Vereinigungsrecht werden verabschiedet.

8. APRIL

– Im Kellergeschoss der Kirche an der Żytnia-Straße in Warschau tagt das Bürgerkomitee, das die Leitung der Solidarność-Wahlkampagne übernimmt. Einen Tag später entscheidet das Komitee, keine Vertreter der KPN aufzunehmen.

Information der Abteilung III des Innenministeriums über eine Sitzung des Bürgerkomitees:

T[adeusz] Mazowiecki [...] betonte – auf der Grundlage von Gesprächen mit Vertretern einiger Gruppen, die an den Gesprächen am Runden Tisch nicht teilgenommen haben – es sei *„besser 5 oder 10 Mandate nicht zu erobern, als sie in einem Stil zu gewinnen, der sich rächen könnte.“*

J[acek] Kuroń [...] meinte, die Solidarność-Wahlplattform sollte auf drei Elementen basieren: Souveränität der Nation, Demokratie, Prozess eines evolutionären Systemwechsels. J[an] Olszewski – die gesellschaftliche Apathie resultiere [...] aus Unglauben und Misstrauen allem gegenüber. [...]

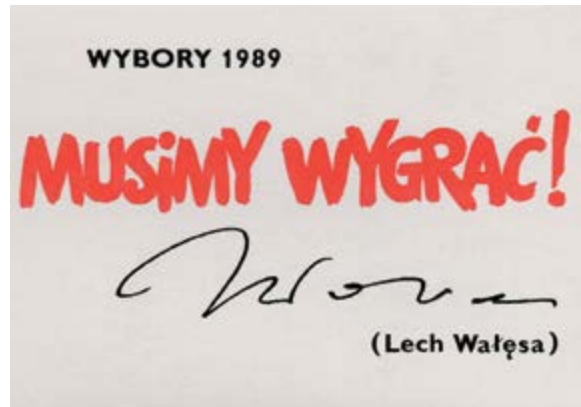
L[ech] Wałęsa [...] betonte die Notwendigkeit umfangreicher Aktivitäten, denn *„... die Wahlen müssen wir gewinnen. Wir haben keine Alternative.“*

Warschau, 8. April [25]



Warschau, 8. April. Sitzung des Bürgerkomitees.

Foto Jerzy Koźnik / FORUM



Wahlflugblatt von Solidarność:

„Wir müssen gewinnen!“. Sammlung ZK

8. APRIL

– **UNGARN.** Die Vertreter der oppositionellen Gruppierungen am Runden Tisch der Opposition verwerfen den Vorschlag der Regierungsseite, ohne Vorbedingungen in Verhandlungen einzutreten. Die Opposition macht den Beginn der Gespräche von der Zustimmung der Kommunisten zur Durchführung freier Wahlen abhängig.

Imre Kónya, ungarischer Oppositioneller:

Der Runde Tisch der Opposition [...] demonstrierte der ganzen Welt, dass die Opposition sich trotz innerer Unterschiede vereinigen kann. Gleichzeitig brachte er andere Organisationen dazu, sich anzuschließen, weil dies in den Augen der Gesellschaft eine gewisse Legitimation verlieh. [43]

Aus dem Wahlprogramm des Bürgerkomitees Solidarność:

„Warum gehen wir zur Wahl?

Wir rufen alle dazu auf, zur Wahl zu gehen, denn wir sehen einen Nutzen für Polen darin, wenn unabhängige Kräfte im Sejm und Senat vertreten sind. Das ist heute und für die Zukunft eine wichtige Chance.

[...] Wir treten bei der Wahl an, aber wir verschließen die Augen nicht vor dem undemokratischen Charakter des Regierungssystems in Polen, und wir beabsichtigen nicht, es für glaubwürdig zu erklären. Wir wollen dieses System auf dem Weg eines evolutionären Wandels ändern und dabei auch parlamentarische Methoden nutzen. Die Ermöglichung einer begrenzten Teilnahme am Parlament ist kein Gnadentakt seitens der Regierung, sondern die Rückgabe eines Teils dessen, was dem Volk zusteht.

[...] Unser Ziel ist nationale Souveränität und ein unabhängiges Land, die Verbesserung der Polnischen Republik. Dieses Ziel wollen wir mit legalen Methoden und im parlamentarischen, politischen Kampf erreichen.

Wir streben die Verankerung von Menschen- und Bürgerrechten an, damit freie Menschen ihr Land gemeinsam aufbauen können.“

Warschau, im April [25]



Solidarność-Wahlplakat: „Schlaf nicht, sonst überstimmen sie Dich“. Sammlung ZK

9. APRIL

– In Danzig organisiert die Kämpfende Solidarität nach dem Gottesdienst in der St.- Brigitten-Kirche eine Kundgebung gegen die Vereinbarungen am Runden Tisch. Die Demonstranten rufen zum Boykott der „Kontrakt“-Wahlen auf, da sie sie für undemokratisch halten.

Lech Wałęsa kommentiert: „Dass Rotzjungen dies oder jenes auf den Straßen schreien, ist ohne Bedeutung.“

Bis zum Wahltag demonstrieren fast täglich unterschiedliche Gruppierungen in verschiedenen Städten Polens gegen die Verständigung zwischen Regierung und Solidarność.

9. APRIL

– **UdSSR.** Um vier Uhr morgens greifen sowjetische Sicherheitsdienst- und Armeeeinheiten die Kundgebungsteilnehmer in Tiflis an. Die Spezialeinheit geht mit Metallschlagstöcken, Pionierspaten und Messern gegen die wehrlose Bevölkerung vor. Bei der Zerstreuung der Massen werden auch Kampfgase eingesetzt. 40 Menschen kommen um, es gibt Hunderte Verletzte.

In den folgenden Tagen melden sich Dutzende Menschen mit Vergiftungssymptomen in den Krankenhäusern. Nach Niederschlagung der Unabhängigkeitsdemonstrationen führen die sowjetischen Behörden in Georgien eine Ausgangssperre ein und veranlassen eine vollständige Isolierung der Republik. Auf den georgischen Straßen tauchen Panzer und gepanzerte Transportfahrzeuge auf.

11. APRIL

– Die Untergrundzeitung Tygodnik Mazowsze stellt ihr Erscheinen ein. Die Redaktion schließt sich dem Team Adam Michniks an, das eine legale Oppositionszeitung herausgeben soll.

13. APRIL

– Der Staatsrat beruft die staatliche Wahlkommission und legt den Wahltermin auf den 4. und 18. Juni fest.

16. APRIL

– Die Gedenkfeier für die Katyń-Opfer in Danzig wird zu einer Demonstration. Etwa 10.000 Menschen fordern den Abzug der in Polen stationierten Sowjettruppen. Einige Hundert marschieren zum PVAP-Sitz. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Miliz.



Warschau, im April. Redaktion des Tygodnik Mazowsze in der Wohnung von Helena Łuczywo.

Foto Anna Pietuszko / ZK



Danzig, 16. April. Oppositionelle Demonstration zum Jahrestag des Katyń-Verbrechens. Foto FMW/ZK

17. APRIL

– UdSSR. Die Litauische Demokratische Partei organisiert eine legale Kundgebung in Wilna. Mehrere Tausend Demonstranten fordern den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen.



Warschau, 17. April. Erneute Zulassung von Solidarność im Wojewodschaftsgericht.

Foto Krzysztof Wójcik / FORUM

Lech Wałęsa, Solidarność-Vorsitzender:

Nach 100 Monaten unseres Kampfes hat das Wojewodschaftsgericht in Warschau die Unabhängige, Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność erneut – als landesweite Organisation mit Sitz in Danzig – registriert. Ohne Fanfarestöße und auch ohne größeres Interesse auf Seiten der Medien. Wir Polen lieben es, unter Kanonengetöse und Trommelwirbel mit wehenden Fahnen zu siegen. Dagegen reizen uns friedliche, „amtliche“ Siege weniger, obwohl sie doch von höherer politischer Kultur zeugen. Seit Beginn dieses „zweiten Lebens“ war abzusehen, dass Solidarność nicht mehr die Partei der „ganzen Nation“ gegen die kommunistische Nomenklatur sein wird, sondern eine reife, dauerhafte Struktur, die Menschen mit entsprechend entwickeltem Bewusstsein vereint. [53]

17. APRIL

– Das Wojewodschaftsgericht in Warschau registriert erneut die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność. Drei Tage später wird die NSZZ Solidarność der Privatbauern registriert.

25. APRIL

– Die Konföderation Unabhängiges Polen organisiert vor der Warschauer Universität eine Wahlkundgebung, die mit einer Intervention von Milizeinheiten und der Festnahme einiger Personen endet. Die dem Runden Tisch gegenüber kritisch eingestellte KPN beschließt trotzdem, eigene Kandidaten zu den halbdemokratischen „Kontrakt“-Wahlen aufzustellen.

Imre Kónya, ungarischer Oppositioneller:

Nach stürmischer Diskussion am Runden Tisch der Opposition beschlossen wir, an den [...] angekündigten Verhandlungen nicht teilzunehmen, da unsere Bedingungen nicht erfüllt worden waren. [...] Ich soll erklären, dass wir uns Gesprächen nicht entziehen, uns aber nicht an einem Täuschungsmanöver beteiligen wollen. [43]

22. APRIL

– **UNGARN.** Die am Runden Tisch der Opposition teilnehmenden politischen Parteien und Gruppierungen beschließen eine gemeinsame Stellungnahme vor Aufnahme der Gespräche mit den Kommunisten. Die für die Opposition wichtigste Frage ist die Festlegung des Termins für freie Parlamentswahlen. Die ungarischen Dissidenten meinen, die Errungenschaften des polnischen Runden Tisches seien zu gering, um sie nachzuahmen.

28. APRIL

– Die Wahlkampagne kommt in Gang. Das Polnische Radio überträgt die erste Wahl-sendung des Bürgerkomitees.

Einen Tag später wird jeder Parlamentskandidat des Bürgerkomitees in der Danziger Werft zusammen mit Lech Wałęsa für die Wahlkampagne fotografiert.

Erklärung der Konföderation**Unabhängiges Polen:**

Die offen undemokratische Wahlordnung provoziert eine natürliche und verständliche Boykothaltung. Das war im voraus beabsichtigt, um bei einer beachtlichen Wahlabstinz das Maximum an Legitimation für die usurpatorisch Regierenden zu erzielen. In dieser Situation nützt ein Wahlboykott [...] den Kommunisten. Der Boykott wäre eine Unterstützung der PVAP und ihrer Bündnispartner. Diese undemokratischen Wahlen kann man aber in ein Plebiszit gegen Kommunisten verwandeln und [...] für einen Teil der Mandate unabhängige Abgeordnete und Senatoren wählen. Bereits in diesen Wahlen können wir den Prozess der Wiedererlangung von Unabhängigkeit und Demokratie beginnen. [7]



Danzig, 29. April. Fototermin mit Lech Wałęsa für die Wahlkampagne. Von oben: Jacek Kuroń, Zofia Kuratowska, Andrzej Szczepkowski.

Foto Erazm Ciolek / FORUM

28. APRIL

– **UdSSR.** In Tiflis kommen weitere Menschen mit Vergiftungserscheinungen durch Kampfgase in die Krankenhäuser. Die Zahl der Opfer der Demonstration vom 9. April wächst auf 100 an. Die militärische Führung will nicht bekannt geben, welches Gas während der Unruhen benutzt wurde, und die Ärzte können deshalb keine wirksame medizinische Hilfe leisten.

8. MAI

– In Übereinstimmung mit den Festlegungen des Runden Tisches erscheint die erste Ausgabe der Gazeta Wyborcza – eine Tageszeitung der Solidarność-Opposition, redigiert von einem Team unter der Leitung von Adam Michnik. Die erste Nummer erscheint in einer Auflage von 150.000 Exemplaren und stellt die Parlamentskandidaten des Bürgerkomitees vor. Neben dem Logo die Losung: „Keine Freiheit ohne Solidarność“.



Die erste Ausgabe der Gazeta Wyborcza

Redaktionsteam der Gazeta Wyborcza im Einleitungsartikel:

Nach 40 Jahren hier nun die erste, normale, in hoher Auflage erscheinende unabhängige Tageszeitung in Polen und wohl im ganzen Block. Mit „normal“ meinen wir eine Zeitung, die sich vor allem bemüht zu informieren: allseitig, schnell und objektiv, die ausdrücklich Kommentar und Information voneinander trennt. Solche Zeitungen kennen wir bisher nur vom Hörensagen – jetzt wollen wir sie machen. [...] Wir fühlen uns mit Solidarność verbunden, beabsichtigen aber, die Auffassungen und Meinungen der ganzen unabhängigen Gesellschaft, unterschiedlicher oppositioneller Richtungen vorzustellen.

Warschau, 8. Mai [8]

Tomasz Jastrun, oppositioneller Schriftsteller:

Mein Sohn, der noch zur Grundschule geht, hat sich mit seinen Klassen- und Spielkameraden außergewöhnlich aktiv an den Wahlen [am Wahlkampf] beteiligt. Das Aufregendste für die Kinder war natürlich, Plakate zu kleben. [...] Sie fingen in der Bernardyńska-Straße im Stadtteil Sadyba an, bekannt von seiner schlechtesten Seite, denn hier wohnte Hauptmann Piotrowski [Mörder von Pfarrer Popieluszko]. Er wohnte mitnichten in fremder Umgebung. [...] Irgendwelche freundliche Damen schrien herum: „Wie abscheulich, sogar die Kinder nutzen sie aus. Ihr wisst nicht, in wessen Auftrag ihr handelt, die ganze Solidarność das sind Juden“. Nicht anders war es mit den Kritzeleien auf unseren Plakaten. Anscheinend ist das nicht nur eine neue schmutzige Welle, [...] sondern die vollkommene Hilflosigkeit von Leuten, deren Welt zusammenbricht.

Warszawa, maj [21]

7. MAI

– **DDR.** Kommunalwahlen. Die Opposition führt eine Aktion zur Beobachtung der Stimmabgabe durch und entdeckt massenhafte Wahlfälschungen. In Leipzig nimmt die Volkspolizei etwa 100 Demonstranten fest, die gegen die Wahlfälschung protestieren. Seitdem finden an jedem siebten Tag im Monat oppositionelle Demonstrationen in verschiedenen Städten der DDR statt.

8. MAI

– **CHINA.** Der Protest der Studenten, die seit dem 15. April in Peking demonstrieren, weitet sich aus. Hauptforderung der Streikenden ist die Anerkennung des neu ins Leben gerufenen Autonomen Studentenverbands durch die kommunistischen Behörden – eine Organisation, die ihre Kräfte auf die Durchführung demokratischer Reformen richtet.



Warschau, Frühling. Während des Wahlkampfs. Foto Wojciech Druszcz / ZK

9. MAI

- Das Polnische Fernsehen überträgt im Zweiten Programm die erste Solidarność-Wahlsendung. Ziemlich amateurhaft gemacht stellt sie vor allem ein Porträt Lech Wałęsas vor. Im zweiten Teil der Sendung sprechen öffentliche Personen darüber, warum sie für Solidarność stimmen werden.
- Aus ganz Polen kommen Informationen über heruntergerissene Wahlplakate des Bürgerkomitees durch „unbekannte Täter“.

Lech Wałęsa auf einer Pressekonferenz:

Wenn uns die Streikwelle nicht erledigt, wenn wir uns nicht auf ökonomische Forderungen einlassen und die Politik nicht vernachlässigen, dann werden wir es mit Polen bis nach Europa schaffen. Nach Europa, das offen ist, wie diese anderen [westlichen] Länder. Offen für Ausreise und Einreise, für Arbeit. Und zugleich nach Europa als Einheit, das unsere innere, nationale Vertrautheit nicht vereinnahmt. [2]

14. MAI

- **CHINA.** 300.000 Demonstranten beteiligen sich in Peking an einer Aktion zur Wiedereinführung von Bürgerfreiheiten. Eine Studentendelegation stellt der Führung der Kommunistischen Partei Chinas ihre Forderungen vor.

Zhang, chinesischer Student:

Immerzu reden sie uns etwas ein und sagen, wie wir vorgehen sollen. [...] Wir haben schließlich auch unsere „Prinzipien“. Zum Beispiel Gorbatschow erlaubt, in seinem Land zu diskutieren. Warum dürfen wir nicht solche offenen Diskussionen führen? Deshalb bin ich auf den Platz gekommen. Peking, im Mai [37]



Krakau, 18. Mai. Straßenkämpfe zwischen
Milizeinheiten und Demonstranten.

Foto FMW/ZK





Warschau, im Mai. Solidarność-Wahlplakate. Foto Jerzy Koźnik / FORUM



PVAP-Wahlplakat. Foto Chris Niedenthal / FORUM

20. MAI

– **BULGARIEN.** Die Bevölkerung türkischer Herkunft demonstriert und verlangt die Freilassung ihrer Vertreter und die Achtung der Minderheitenrechte. Eine Woche lang intervenieren die Sicherheitskräfte, sieben Menschen kommen um. Anfang Juni werden die Bürger türkischer Herkunft aufgefordert, das Land sofort zu verlassen. Ein massenhafter Exodus in die Türkei beginnt.

22. MAI

– Zwei Wochen vor den Wahlen erreicht die Wahlkampagne die entscheidende Phase. Trotz gewisser Befürchtungen sind die Kommunisten davon überzeugt, ein günstiges Wahlergebnis zu erzielen. Wojciech Jaruzelski sagt im Gespräch mit Erich Honecker, Generalsekretär der SED: „Zur Zeit befinden wir uns in einem heißen Wahlkampf. Das ist eine hohe politische Schule. Das Wahlergebnis kann man im einzelnen schwer vorhersehen. [...] Wir rechnen damit, dass wir etwas ausrichten. Die Wahlen zum Senat laufen anders ab, doch der Senat ist weniger bedeutend als der Sejm. Aber auch hier kämpfen wir um Positionen. Hauptsächlich wegen politisch-propagandistischer Effekte. [...] Die Lage in der Armee, die Sicherheitslage ist gut. Und das weiß die Opposition.“

26. MAI

– **UdSSR.** In Moskau wird gegen die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR demonstriert, in dem kein Vertreter des Reformlagers sitzen wird. Demonstranten rufen antikomunistische und Anti-Partei-Lösungen und tragen russische Nationalflaggen. Auf dem Puschkin-Platz zerstreut die Miliz „Teilnehmer einer illegalen Versammlung“. Die größte von

2. JUNI

– Nach achtjähriger Pause erscheint wieder die Wochenzeitung *Tygodnik Solidarność* unter der Redaktion Tadeusz Mazowieckis. Diese erste unabhängige sozialpolitische Wochenzeitung in der Volksrepublik Polen war im April 1981 entstanden und erschien bis zur Verhängung des Kriegsstands. Zwei Tage vor den Wahlen notiert Mieczysław F. Rakowski in seinem Tagebuch: „Heute abend trat Wojciech Jaruzelski im Fernsehen auf. Er appellierte an die Vernunft, stellte sich über den Wahlkampf [...]. Mit diesem Auftritt wird er nicht viel ändern [...]. Im Regierungs-Partei-Establishment wächst die Unruhe.“

Tadeusz Mazowiecki im Einleitungsartikel:

Im Bewusstsein, dass wir in eine Phase eintreten, in der wir die Fundamente eines demokratischen Polen legen, zeigt sich [...] ein neuer Blick auf unsere Aufgaben. [...] Bisher genügte der Protest gegen den Totalitarismus. Jetzt müssen gesellschaftliche Strukturen der Demokratie aufgebaut werden. Bisher sprachen wir von der Unerlässlichkeit des Pluralismus. Jetzt geht es darum, den Pluralismus zu praktizieren. Bisher adressierten wir alles an die Gegner, jetzt müssen wir die erkämpften Werte auch auf uns beziehen.

Warschau, 2. Juni [51]



Warschau, 2. Juni. Tadeusz Mazowiecki nimmt mit einer Gruppe von Redakteuren die erste Ausgabe der wieder erscheinenden Wochenzeitung *Tygodnik Solidarność* in der Druckerei entgegen. Foto Leszek Wdowiński / FORUM

3. JUNI

der Regierung erlaubte Versammlung mit 100.000 Teilnehmern findet im Luschniki-Stadion in Moskau statt.

Einen Tag später wird Boris Jelzin, Vertreter der „Demokraten“, der im März bei den Wahlen zum Volksdeputiertenkongress von den Moskauern 90 Prozent der Stimmen erhalten hatte, in den Obersten Sowjet aufgenommen.

– **CHINA.** Die Lage in Peking wird zunehmend angespannter. Die Menge Tausender Demonstranten drängt Armeeeinheiten zurück, die versuchen, das Zentrum der Hauptstadt einzunehmen. Der Sitz des Parlaments wird mit Steinen beworfen.



Untergrund-„Briefmarke“.
Sammlung ZK

Lech Wałęsa:

Alles musste getan werden, um in die entstandene Spalte der Demokratie einzudringen und den roten Fels vom nationalen Monolithen abzuheben. Die Wahlen boten die Chance, eine Übergangsordnung als wichtigen Brückenkopf für die siegreiche Schlacht zu schaffen. [...] An den Solidarność- Infoständen wurden Nichtinformierte instruiert, wie Kandidaten der Liste des Bürgerkomitees auszuwählen waren. [...] Wir wussten, dass sich vor unseren Augen eine Prüfung für mehrere Generationen abspielte, und dass am nächsten Morgen Polen schon ein anderes Land sein würde. Indem wir an den Wahlen teilnahmen und für unsere Kandidaten stimmten, sprachen wir uns für einen Umbruch ohne Blutvergießen aus. Das Szenario hätte schließlich anders aussehen können.

Danzig, 4. Juni [53]

4. JUNI

– 62 Prozent der Wahlberechtigten nehmen am ersten Wahlgang der Parlamentswahlen teil. Die Opposition erzielt einen unumstrittenen Sieg, sie gewinnt 160 von den ihr durch die Festlegungen des Runden Tisches zuerkannten 161 Sejmmmandaten und 92 der 100 Senatsmandate. Am meisten betroffen sind die Regierenden durch die Niederlage ihrer Landesliste, auf der die Mehrzahl der Parteiführer der Koalition kandidierte. Zwei Wochen später findet bei geringerer Wahlbeteiligung der zweite Wahlgang statt. Die Kandidaten des Bürgerkomitees gewinnen das fehlende Sejmmmandat und sieben Senatsmandate hinzu.



Warschau, 4. Juni. Solidarność-Infostand.
Foto Erazm Ciolek / FORUM

4. JUNI

– **CHINA.** Der informelle Führer Deng Xiaoping befiehlt der Armee, den Tienanmen-Platz in Peking mit Gewalt einzunehmen und von Studenten zu räumen. Um zwei Uhr nachts fahren Panzer in den Straßen auf, und Infanterieeinheiten schießen aus Maschinengewehren auf wehrlose Demonstranten. Das Massaker dauert einige Stunden. Unabhängige Medien sprechen von mehreren Tausend Toten.

5. JUNI

– Die Regierung akzeptiert die Wahlergebnisse. Die Kommunisten nehmen die Wahlniederlage hin und versuchen, so viel Macht wie möglich für sich zu retten. Mehrere Tage lang trifft sich die Regierungsseite mit Vertretern der Opposition und des Episkopats. Die Drohung, die Wahlen für ungültig zu erklären, bringt Solidarność-Berater Bronisław Geremek dazu, Änderungen der Wahlordnung zu akzeptieren, die es ermöglichen, die [parlamentarische] Repräsentation der Koalition zu ergänzen.

Eine Woche später geben die Behörden bekannt, dass kraft der Festlegungen des Runden Tisches General Jaruzelski Staatspräsident werde. General Kiszczak erklärt gegenüber Erzbischof Dąbrowski, falls General Jaruzelski „[...] nicht zum Präsidenten gewählt wird, droht eine weitere Destabilisierung und der Prozess der politischen Veränderungen müsste beendet werden. Die Sicherheitskräfte und die Armee werden keinem anderen Präsidenten folgen.“

Zbigniew Ferczyk, Oppositioneller:

Wir teilten uns in Arbeitsgruppen auf und nach Mitternacht nahmen wir die Kommissionsprotokolle entgegen. Erste Meldungen und ... wir wollten es nicht glauben. Aber die nächsten bestätigten es – eine sehr große Überlegenheit von Solidarność. [...] Konsternation auf Seiten unserer Gegner. Sie lächelten gezwungen und heuchelten Glückwünsche. Wir kannten die Wahlergebnisse unserer Bezirke und im ganzen Land noch nicht. Kurz darauf wurde es klar – wir hatten alles gewonnen, was zu gewinnen war.

Nowa Huta, 5. Juni [55]

8. JUNI

– **DDR.** In Ostberlin beteiligen sich 300 Demonstranten am Protestmarsch gegen die Fälschungen der vor einem Monat abgehaltenen Kommunalwahlen in der DDR. Die Volkspolizei nimmt etwa 100 Menschen fest.



Breslau, 10. Juni. Nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz: „Schau auf China“.

Foto Henryk Prykiel / NAF Dementi / Ośrodek Pamięć i Przyszłość

Jerzy Urban, Der Chef des Fernsehens und Rundfunks:

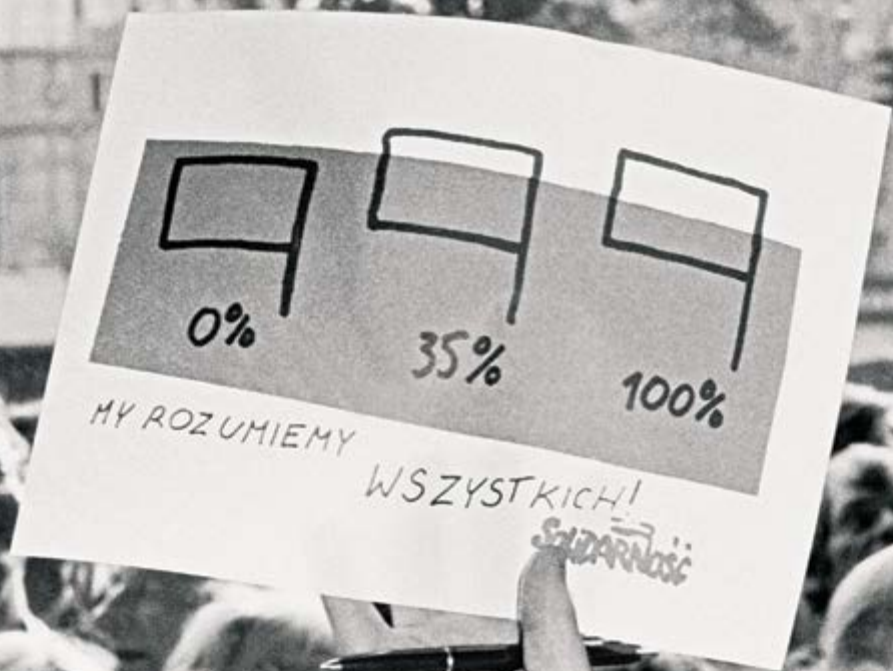
Am Morgen nach den Wahlen wurde ich zur Sitzung des Politbüros eingeladen. Czarzasty, Adler unserer Wahlkampagne, [...] referierte die Ergebnisse – ein Massaker. Ich schrieb eine Erklärung zu den verlorenen Wahlen und zur Anerkennung der Wahlergebnisse durch die Partei auf ein Blatt Papier und gab es Jaruzelski. Jaruzelski las sie laut vor, und dann erlebte ich die größte Erschütterung. Jaruzelski fragte, ob es Anmerkungen gäbe. Und keiner hatte welche. Der Machtverzicht erfolgte also ohne Diskussion.

Warschau, 5. Juni [49]



Berlin, 8. Juni. Die Demonstranten protestieren gegen den Wahlbetrug und tragen eine schwarz angemalte Wahlurne mit der Aufschrift: „Hier ruht die Demokratie“.

Foto Associated Press / East News



Warschau, 4. Juni. Warten auf die ersten Wahlergebnisse. Plakat: „Wir verstehen alle! Solidarność“. Foto Tomasz Wierzejski / FOTONOVA



Ausschnitt eines Solidarność-Plakats nach den Wahlen. Sammlung ZK

9. JUNI

– Adam Michnik weist den Vorschlag zur Schaffung einer „großen Koalition“ zurück, akzeptiert jedoch den Vorschlag, General Wojciech Jaruzelski zum Präsidenten zu berufen, wenn im Gegenzug die Opposition den Ministerpräsidenten stellt. Czesław Kiszczak: „Eben haben sie noch erklärt, sie interessierten sich nicht für Regierungsposten, sondern für eine parlamentarische Koalition. Jetzt sprechen sie bereits vom Stuhl des Ministerpräsidenten.“

12. JUNI

– Der Staatsrat beschließt einen Erlass zur Änderung der Wahlordnung. 33 Mandate der Landesliste werden den Bezirken zugeschlagen, aber um diese Mandate können sich ausschließlich neue Kandidaten bewerben. Das bedeutet den endgültigen Ausschluss der führenden Funktionäre der Regierungskoalition.

Mieczysław F. Rakowski während einer Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees der PVAP:

Wenn die PVAP den Posten des Ministerpräsidenten abgibt, bedeutet das den Machtverzicht und den notwendigen Übergang in die Opposition. [...] Heute besteht unsere Chance in demonstrativer Unnachgiebigkeit. Ich befürchte eine defätistische Haltung, die dazu führen wird, dass wir verlieren und mit uns Tausende oder sogar Millionen, die sich auf uns verlassen haben. Ich bin gegen jegliche Zugeständnisse.

Warschau, 16. Juni [48]

Bronisław Geremek:

Mit dem Kommunismus ist es unwiderruflich vorbei, der König ist nackt und von seiner ganzen Herrlichkeit ist ihm nur das blanke Schwert geblieben [...]. Die Juniwahlen haben bewiesen, was offensichtlich, aber empirisch nicht bestätigt war – dass die Kommunisten über keinerlei Basis verfügen, sich nur durch historische Trägheit an der Macht halten, gestützt auf die Illusion der Gewalt. Die realen Wahlergebnisse bezeichnen einen Wendepunkt im Denken über die Zukunft Europas. [14]

9. JUNI

– **UdSSR.** Während der Tagungen des Volksdeputiertenkongresses in Moskau fordert der Gründer der unabhängigen Vereinigung Memorial, Andrei Sacharow, die Abschaffung des Verfassungsartikels über die „führende Rolle der kommunistischen Partei“. Beifall kommt nur von einem Teil der Deputierten, vor allem von einer Gruppe aus Moskau und den baltischen Ländern.

U N G A R N

Als ich Anfang der 1980er Jahre in Ungarn über das Jahr 1956, über Solidarność und meine Auffassung sprach, dass dieses System früher oder später doch zusammenbricht, hat man mich für einen Verrückten gehalten. Als ich darauf beharrte, dass wir das System überleben, und man mir nicht glaubte, habe ich gesagt: Fahrt nach Polen, und ihr werdet es glauben.

Ákos Engelmayer während einer Diskussion auf dem Treffen Gemeinsame Vergangenheit – gemeinsame Erinnerung? im Oktober 2002 in Breslau



Budapest, 23. Oktober 1989. Kundgebung anlässlich der Proklamation der Republik Ungarn.

Foto Bernard Bisson / SYGMA/CORBIS/FotoChannels



Budapest, 16. Juni. Feierliches Begräbnis von Imre Nagy. Foto Ungarische Telegraphen-Agentur MT / Ungarisches Institut in Warschau

16. JUNI

– In Budapest nehmen 300.000 Menschen am symbolischen Begräbnis von Imre Nagy teil, dem von den Kommunisten ermordeten Führer des ungarischen Aufstands von 1956. Die Teilnehmer greifen auf die Symbole von vor 33 Jahren zurück und schwenken ungarische Fahnen mit ausgeschnittenem kommunistischen Staatswappen. Die Feierlichkeiten werden vom ungarischen Fernsehen übertragen. Am selben Tag stirbt der für den Tod von Nagy mitverantwortliche János Kádár.

Viktor Orbán, ungarischer Oppositioneller, am Heldenplatz:

Wenn wir auf die eigene Kraft vertrauen, können wir der kommunistischen Diktatur ein Ende bereiten; wenn wir entschlossen genug sind, können wir die Partei zwingen, freie Wahlen durchzuführen; wenn wir den Idealen aus dem Jahr 1956 treu bleiben, werden wir eine Regierung wählen können, die Verhandlungen mit den Russen über einen schnellen Abzug ihrer Truppen aufnimmt. Versprechungen der Kommunisten genügen uns nicht [...].

Budapest, 16. Juni [29]

23. JUNI

– **POLEN.** Im Sejm und Senat wird die Parlamentsfraktion des Bürgerkomitees (OKP) gegründet. Bronisław Geremek wird ihr Vorsitzender.

Trotz zahlenmäßiger Einschränkungen nach dem Runden Tisch wird der Solidarność-Teil des Parlaments zur führenden Kraft der friedlichen Transformation vom kommunistischen zum demokratischen System.

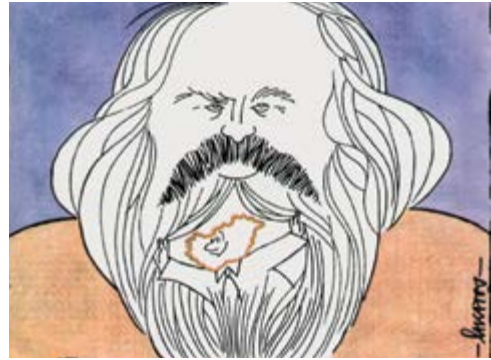
Bronisław Geremek, przewodniczący OKP:

Als wir nach dem fantastischen Wahlsieg darauf verzichteten, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, sagten wir ausdrücklich, dass wir es mit einem Kräfteverhältnis zu tun haben, das uns [...] aufgezwungen wurde, und das wir für provisorisch halten. Erst im Verlauf der Nationalversammlung zeigte sich, dass ihre Mehrheit schon bröckelt. [14]

Zoltán Bíró, ungarischer Oppositioneller und Teilnehmer an den Verhandlungen des Dreieckigen Tisches:

Die Ungarn träumen heute von freien Wahlen. Ich denke, dass eben die Kommission, die sich mit den Wahlen beschäftigt, sehr intensiv arbeiten und lebhaft diskutieren wird. Ich bleibe unverändert bei meiner Meinung, dass die Wahlen noch in diesem Jahr stattfinden sollten. Nicht die Interessen der Partei, sondern die des Landes sollten hierbei entscheidend sein. [...] Wenn ein in freien Wahlen gewähltes Parlament und eine auf dieser Basis gebildete rechtmäßige, vom Volk akzeptierte Regierung für das Land notwendig ist, dann sollten die Wahlen so schnell wie möglich stattfinden.

Budapest, im Juni [9]



Zeichnung auf dem Umschlag der Juniausgabe der ungarischen Satirezeitung Ludas Matyi

21. JUNI

– Im Jägersaal des Parlaments in Budapest beginnt die zweite Gesprächsrunde zwischen den Vertretern der regierenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und denen der Opposition. Die Gruppierungen des Runden Tisches der Opposition verlangen eine schnellstmögliche Ausschreibung freier Wahlen.

27. JUNI

– Die Außenminister Ungarns, Gyula Horn, und Österreichs, Alois Mock, durchschneiden den Grenzzaun und schaffen symbolisch den Eisernen Vorhang ab. In den folgenden Tagen beginnt die systematische Demontage der Grenzanlagen. Aus dem Stacheldraht werden Erinnerungstücke an den Eisernen Vorhang gebastelt, die vorrangig an ausländische Touristen verkauft werden.



Sopron, 27. Juni. Alois Mock und Gyula Horn durchschneiden den Grenzstacheldraht.

Foto Bernhard J. Holzner / Associated Press / East News

28. JUNI

– **POLEN.** Wojciech Jaruzelski erklärt, die Zeiten des Machtmonopols der PVAP gehörten der Vergangenheit an. Seiner Meinung nach habe die Partei eine Wahlniederlage erlitten, weil „die Gesellschaft das Engagement der PVAP zur Einführung von Reformen und Demokratie nicht verstanden hat.“

29. JUNI

– **TSCHECHOSLOWAKEI.** In Prag richtet die Charta 77 eine Petition an die Regierung, in der sie zu einem weitgehenden Systemwandel aufruft und dazu, die Menschenrechte zu achten und bürgerliche Freiheiten wieder einzuführen. Es heißt u.a.: „Wir wenden uns an die Regierung, damit sie endlich versteht, dass die Zeit für einen tatsächlichen Systemwandel gekommen ist [...]. Der erste Schritt hin zu allen radikalen Veränderun-



Warschau, 30. Juni. Studentendemonstration gegen die Kandidatur von General Wojciech Jaruzelski zum Präsidenten. Foto Erazm Ciolek / FORUM

P O L E N



Zeichnung. Zbigniew Ziomecki.
Aus den Sammlungen des
Karikaturmuseums.

gen, angefangen von der Einführung einer neuen Verfassung und endend bei der Wirtschaftsreform muss die grundlegende Änderung in unserem Land und die Rückkehr des freiheitlichen Geistes, Vertrauen, Toleranz und Pluralismus sein. [...] Der gesellschaftliche Dialog ist der einzige Ausweg aus der Sackgasse, in dem sich die Tschechoslowakei gegenwärtig befindet."

Die Regimepresse wirft den Aktivisten der Charta 77 „Inspiration terroristischer Akte“ vor.

30. JUNI

– **POLEN.** Vor dem Gebäude des ZK der PVAP in Warschau demonstrieren Unabhängigkeitsgruppierungen gegen die Kandidatur von General Wojciech Jaruzelski zum Präsidenten. Zum ersten Mal seit einigen Jahren benutzt die Miliz Wasserwerfer zur Zerstreuung von etwa 500 Demonstranten.

6. JULI

– Der ungarische Oberste Gerichtshof rehabilitiert den Führer des Aufstands aus dem Jahr 1956, Imre Nagy. Er erklärt das an ihm vollstreckte Todesurteil für unrechtmäßig.
 – Im ungarischen Parlamentsgebäude treffen sich erneut Vertreter von Regierung und Opposition. Gegenstand der Beratungen sind die Richtlinien des Übergangs Ungarns vom Kommunismus zur Demokratie.

14. JULI

– In Budapest führen Mitglieder und Sympathisanten der Oktober-Partei und der Ungarischen Radikalen Partei eine informelle Aktion zur „Entkommunisierung“ von Straßennamen durch.

Imre Mécs, Teilnehmer an den Verhandlungen des Dreieckigen Tisches aus den Reihen des Verbands Freier Demokraten:

Vor einem halben Jahr konnten wir nicht einmal von dem träumen, was heute Wirklichkeit ist. Aber man kann sich weder ein zu schnelles noch ein zu langsames Tempo leisten. Wenn wir zu langsam vorgehen, werden die Menschen ungeduldig, verlieren den Glauben, dass wir irgendwann die parlamentarische Demokratie erreichen. Gehen wir zu schnell vor, droht uns Desorganisation und sogar eine Explosion. [...] Wir gehören untrennbar zu Europa, aber die letzten 40 Jahre haben wir uns von ihm entfernt, deshalb ist unsere Aufgabe jetzt, die Rückkehr zu organisieren.

Budapest, im Juli [38]



Budapest, 14. Juli. Aktion zur Wiedereinführung des Namens der Palatin-Straße (Nádor utca), die die Kommunisten 1960 in Ferenc-Münnich-Straße umbenannt hatten. Foto Piroska Nagy

7. JULI

– **DDR.** 120 Oppositionelle aus Ostberlin, die zahlreiche Fälschungen während der Kommunalwahlen am 7. Mai in der DDR aufdeckten, werden vorübergehend festgenommen. So verhindern die Behörden eine organisierte Kundgebung für die Wiederholung der Wahlen.

10. JULI

– **UdSSR.** Ein Bergarbeiterstreik beginnt. Die Arbeiter fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, freie Sonntage, bessere soziale Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Im Laufe weiterer Tage schließen sich Gruben in Sibirien, Workuta, Donezbecken, Karaganda und Kuznezker Becken an. Der Protest weitet sich auch auf andere Branchen der Schwerindustrie aus. Auf dem Höhepunkt des Protests



Warschau, 3. Juli. Milizintervention gegen KPN-Kundgebung. Foto Wojciech Druszcz / ZK

P O L E N

19. JULI

werden 400.000 streikende Arbeiter geschätzt. Unter den Streikpostulaten finden sich Forderungen nach Abschaffung der führenden Rolle der Partei und nach allgemeiner Wahl des Staatsoberhauptes.

Nach zwei Wochen gelingt es der Regierung, die wichtigsten Streikzentren durch Reformversprechen zu beruhigen.

– **POLEN.** Die erste Sitzung der Nationalversammlung – bei der Parlamentskammern – wählt General Wojciech Jaruzelski zum Präsidenten. In seiner Rede unterstreicht General Jaruzelski: *„Ich möchte Präsident der Verständigung sein, Repräsentant aller Polen. Ich möchte auch das Vertrauen derer gewinnen, die Widerspruch oder Ablehnung gegenüber meiner Person äußern.“*

19. AUGUST

– In Sopron findet ein unabhängiges Paneuropäisches Picknick aus Anlass der Liquidierung der Grenzsperrn statt. Auf Anweisung des ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh wird auf einem viele Kilometer langen Abschnitt des Grenzstreifens der Grenzschutz abgezogen. 700 DDR-Bürger, die ihren Urlaub in Ungarn

Ministerpräsident Miklós Németh im Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl:

Eine Abschiebung der Flüchtlinge zurück in die DDR kommt nicht in Frage. Wir öffnen die Grenze. Wenn uns keine militärische oder politische Kraft von außen zu einem anderen Verhalten zwingt, werden wir die Grenze für DDR-Bürger geöffnet halten.

Gymnich, 25. August [24]



Sopron, im August. DDR-Bürger überqueren die Grenze nach Österreich. Foto Herbert Knosowski / Reuters/FORUM

verbringen, nutzen die einige Stunden lang geöffnete Grenze zur Flucht nach Österreich. In den folgenden Tagen kommt es zur massenhaften Flucht über die Grenze. Die Information über die Fluchtmöglichkeit verbreitet sich unter den Ostdeutschen in Windeseile. Alsbald füllen sich die ungarischen Straßen mit zurückgelassenen Autos der Flüchtlinge.

Helmut Kohl:

Mir stiegen Tränen in die Augen, als Németh dies ausgesprochen hatte [...] Die Ungarn hätten sich auch ganz anders verhalten können. Es war für die Regierung in Budapest keine leichte Entscheidung, trotz der geltenden Abmachungen mit der DDR-Regierung in dieser Situation einfach zu sagen: Wir lassen die Deutschen raus.

Gymnich, 25. August [24]

29. JULI

– **POLEN.** Mieczysław F. Rakowski wird 1. Sekretär des Zentralkomitees der PVAP. Das 13. Parteiplenum benennt General Czesław Kiszczak für den Posten des Ministerpräsidenten.

16. AUGUST

– **POLEN.** Nach Verzicht des Generals Czesław Kiszczak auf den Posten des Ministerpräsidenten findet ein Treffen zwischen Lech Wałęsa, Roman Malinowski und Jerzy Józwiak zwecks Absprache zur Bildung einer Regierungskoalition statt. Die Verhandlungen enden mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Bauernpartei, Demokratischer Partei und der Parlamentsfraktion des Bürgerkomitees (OKP).



Litauen, 23. August. Ein Abschnitt der „baltischen Menschenkette“. Foto Kęstutis Vanagas / FOTOBANKAS

L I T A U E N

23. AUGUST

– Um 19 Uhr schließen ca. 2 Millionen litauische, lettische und estnische Bürger auf einer Strecke von fast 600 Kilometern zwischen Wilna, Riga und Tallin eine Menschenkette aus Protest gegen die Folgen des Ribbentrop–Molotow–Pakts, der ihnen für 50 Jahre die Unabhängigkeit nahm. Das ist die größte unabhängige Demonstration in der Geschichte der UdSSR. Die sowjetischen Behörden intervenieren nicht.

Vytautas Landsbergis, Vorsitzender von Sajudis:

Die heutige Aktion ist vor allem ein Symbol der Solidarität unter den baltischen Nationen, aber auch aller Unterdrückten. [...] Wir möchten gern, dass die Welle beim nächsten Mal auch Warschau und Budapest und vielleicht Prag erreicht.

Wilna, 23. August [50]

László Bruszt, Teilnehmer an den Gesprächen am Dreieckigen Tisch für die Opposition:

Die Bildung der Mazowiecki-Regierung ist ein Signal an Osteuropa: In dieser Region ist es möglich, den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten zu ernennen. Im Rahmen des Möglichen liegt damit jetzt nicht nur die politische Liberalisierung, nicht nur die Machtteilung, sondern auch die Hoffnung auf einen friedlichen Wandel des Regimes. Bis zum August 1989 lag lediglich die Option einer Modelländerung, bzw. eher von Änderungen innerhalb des Modells im Rahmen des Möglichen – und auch das nur

in Gesprächen. Und je klarer das wurde, desto näher rückte für die Ungarn der Beginn der Verhandlungen über freie Wahlen. Aber das erste tatsächliche Signal, dass es möglich ist, sich auf einem friedlichen Weg vom Regime zu befreien, war die Nominierung Mazowieckis zum Ministerpräsidenten und dann die Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung in Osteuropa. Das waren unerhört wichtige Signale für die oppositionellen Gruppen in diesem Teil Europas, und auch überhaupt für die Bürger, dass es nur von den lokalen Machthabern abhängt, dasselbe in ihren Ländern erreichen zu können. [56]

11. SEPTEMBER

– Um Mitternacht öffnet Ungarn die Grenze zu Österreich und ermöglicht 15.000 DDR-Bürgern die Ausreise.

Außenminister Gyula Horn begründet das so: „Budapest war zu dieser Entscheidung gezwungen, weil die beiden deutschen Staaten nicht in der Lage waren, dieses Problem untereinander zu lösen. Die DDR hatte eine Woche Zeit, ihre eigenen Bürger dazu zu überreden, nach Hause zurückzukehren.“

ADN äußert sich zum Verhalten der Ungarn: „Unter dem Vorwand humanitärer Erwägungen wird organisierter Menschenhandel betrieben.“



Solidarność-Logo auf einem ungarischen Plakat.

24. AUGUST

– **POLEN.** Der Sejm bestätigt Tadeusz Mazowiecki als Ministerpräsidenten, der die berühmten Worte sagt: „Die Regierung, die ich bilde, ist nicht für die ererbte Hypothek verantwortlich. Doch sie beeinflusst die Umstände, unter denen wir tätig sein müssen. Wir ziehen einen dicken Strich unter die Vergangenheit. Wir werden nur das verantworten, was wir getan haben, um Polen aus der jetzigen Krise zu helfen.“

Ireneusz Sekuła, Ex-Vizepremier:

Den Punkt auf dem „i“ stellte die Berufung [...] eines nichtkommunistischen Ministerpräsidenten und einer Koalitionsregierung dar [...]. Und es hat sich gezeigt, dass die SU [...] das zulässt. Das [...] (gibt) anderen Ländern die Sicherheit [...], dass [...] es auch anderswo keine Intervention geben wird. [26]

Helmut Kohl im Telegramm an Miklós Németh:

Ihre Politik ist richtungsweisend und vorbildlich für eine europäische Friedensordnung, in der der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten im Mittelpunkt der Politik steht.

Herr Ministerpräsident, was Ungarn in diesen Tagen für uns geleistet hat, werden wir nie vergessen. Sie haben in überwältigender Weise Ihr Wort gehalten, sich für die menschliche Lösung eines Problems einzusetzen, das in der deutschen Teilung begründet ist.

Bonn, 12. September [24]



Budapest, im September. Eine Familie aus der DDR auf dem Weg nach Österreich. Foto Peter Turnley / CORBIS/FotoChannels

4. SEPTEMBER

– **DDR.** In der Nikolaikirche in Leipzig kommt es nach der Friedensandacht zur spontanen Demonstration Tausender Menschen. Von da an setzen sich jeden Montag von der Kirche aus immer größere Demonstrationen mit der Forderung nach demokratischen Reformen in Bewegung.

9. SEPTEMBER

– **DDR.** Die oppositionelle Bewegung Neues Forum wird gegründet. Im Gründungsaufwurf heißt es: „Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen.“



Sarbogard, Frühling. Die in Ungarn stationierten sowjetischen Soldaten. Foto David Turnley / CORBIS/FotoChannels





P O L E N

Warschau, 12. September Tadeusz Mazowiecki nach der Bestätigung der neuen Regierung durch den Sejm.

Foto Chris Niedenthal / FORUM

12. SEPTEMBER

– **POLEN.** Tadeusz Mazowiecki in seiner Amtsantrittsrede: „Wir lehnen die politische Philosophie ab, die davon ausgeht, dass man die Wirtschaftsreformen gegen den Willen der Gesellschaft einführen, [...] und den demokratischen Wandel beiseite lassen kann. Zum Aufstieg kann Polen nur eine Gesellschaft freier Bürger verhelfen und die Politik einer Regierung, die das Vertrauen einer deutlichen Mehrheit der Polen genießt.“

– **DDR.** In Ostberlin wird die oppositionelle Bürgerbewegung Demokratie Jetzt gegründet. Ihre Mitglieder erklären: „Wir wollen eine solidarische Gesellschaft mitgestalten und alle Lebensbereiche demokratisieren. [...] Statt eines vormundschaftlichen, von der Partei beherrschten Staates, der sich ohne gesellschaftlichen Auftrag zum Direktor und Lehrmeister des Volkes überhoben hat, wollen wir einen Staat, der sich auf den Grundkonsens der Gesellschaft gründet...“

18. SEPTEMBER

– Nach mehr als 200 Arbeitstreffen wird in Budapest der Hauptteil der Sitzungen des Dreieckigen Tisches abgeschlossen. Im Schlussdokument werden die Beschlüsse zur Durchführung freier Parlamentswahlen und zur Änderung der ungarischen Verfassung festgehalten. Einige oppositionelle Gruppierungen (u.a. Fidesz und der Bund Freier Demokraten) unterzeichnen die Schlussvereinbarung nicht und äußern so ihren Protest gegen die nicht wirklich demokratische Wahl des Präsidenten, noch vor den Parlamentswahlen.

György Szabad, Sprecher des Runden Tisches der Opposition:

Es ist unwichtig, was diese Vereinbarung der Opposition brachte, wichtig ist, was sie für das Land bewirkte. Wir legten die Grundlagen einer neuen Verfassung fest, die endgültig mit der stalinistischen Diktatur bricht, wir erarbeiteten eine Wahlordnung, die in der Geschichte Ungarns die demokratischste und im sozialistischen Lager die fortschrittlichste ist. [...] Wir machten Zugeständnisse, aber nur ein derartiger Kompromiss ermöglichte den weiteren Dialog. Es bestand die reale Gefahr, dass die jetzige Parteiführung Entscheidungen fällte, die den Weg zur Verständigung für lange versperrt hätten.

Budapest, 18 września [10]



Budapest. Vertreter des Runden Tisches der Opposition während der Tagung des Dreieckigen Tisches. Vorne v.l.: József Antall, György Szabad, Viktor Orbán. Foto Encompass

17. SEPTEMBER

– **POLEN.** Am 50. Jahrestag des Angriffs der Roten Armee auf Polen findet in Kattowitz eine Demonstration der Kämpfenden Solidarität und der KPN statt. Die Demonstranten ziehen vor die sowjetische Handelsvertretung und das Wojewodschafskomitee der PVAP. Sie bewerfen beide Gebäude mit Kleingeld „für den Zug“ und rufen: „Weg mit dem Kommunismus!“ und „Sowjets ab nach Hause!“ Miliz schreitet nicht ein.

22. SEPTEMBER

– **POLEN.** Das Oberste Gericht in Warschau beschließt die erneute Registrierung des Unabhängigen Studentenverbands, akzeptiert Satzung und Streikrecht, was das Wojewodschafsgesicht im Mai abgelehnt hatte.

D D R

**Wer wie wir, die wir gerade aus
Warschau hergekommen sind,
dort empfunden hat, was der
Reformprozess in Ungarn und in
Polen möglich gemacht hat, der weiß,
dass es jetzt gilt mit Bedachtsamkeit,
Schritt für Schritt den Weg in die
gemeinsame Zukunft zu finden. [...]
Und so will ich allen in der DDR
zurufen: Ihr steht nicht allein! Wir
stehen an Eurer Seite! Wir sind und
bleiben eine Nation, und wir
gehören zusammen!**

Helmut Kohl, 10. November 1989 auf der Kundgebung
vor dem Rathaus Schöneberg in Westberlin



Ostberlin, im November 1989. Freude nach dem Fall der Mauer. Foto Chris Niedenthal / FORUM



Warschau, 1. Oktober. Abfahrt des Zuges mit DDR-Flüchtlingen.

Foto Czarek Sokolowski / Associated Press / East News

Janusz Onyszkiewicz, OKP-Abgeordneter:

Mengen von DDR-Deutschen fanden Asyl in der Botschaft der BRD [in Warschau]. Es waren schon mehr als hineinpassten. Der damalige chargé d'affaires [...], Johannes Bauch kam zum Sejm, um darüber zu sprechen. Geremek und ich versprachen ihm, was er wohl erwartet hatte, dass keiner der Flüchtlinge in die DDR abgeschoben wird. Dann vereinbarten wir, die Flüchtlinge mit Sonderzügen durch die DDR direkt in die BRD fahren zu lassen. So trugen wir ein beachtliches Stück der Berliner Mauer ab.

Warschau, 1. Oktober [32]

1. OKTOBER

– Den DDR-Flüchtlingen, die sich auf dem Botschaftsgelände der BRD in Warschau aufhalten, wird erlaubt, nach Westdeutschland auszureisen. Ein Kommentar des DDR-Fernsehens: „Diejenigen, die das Land verlassen haben, haben sich durch ihr eigenes Verhalten aus unserer Gesellschaft ausgeschlossen. Und schon aus diesem Grund wird ihnen niemand eine Träne nachweinen.“

2. OKTOBER

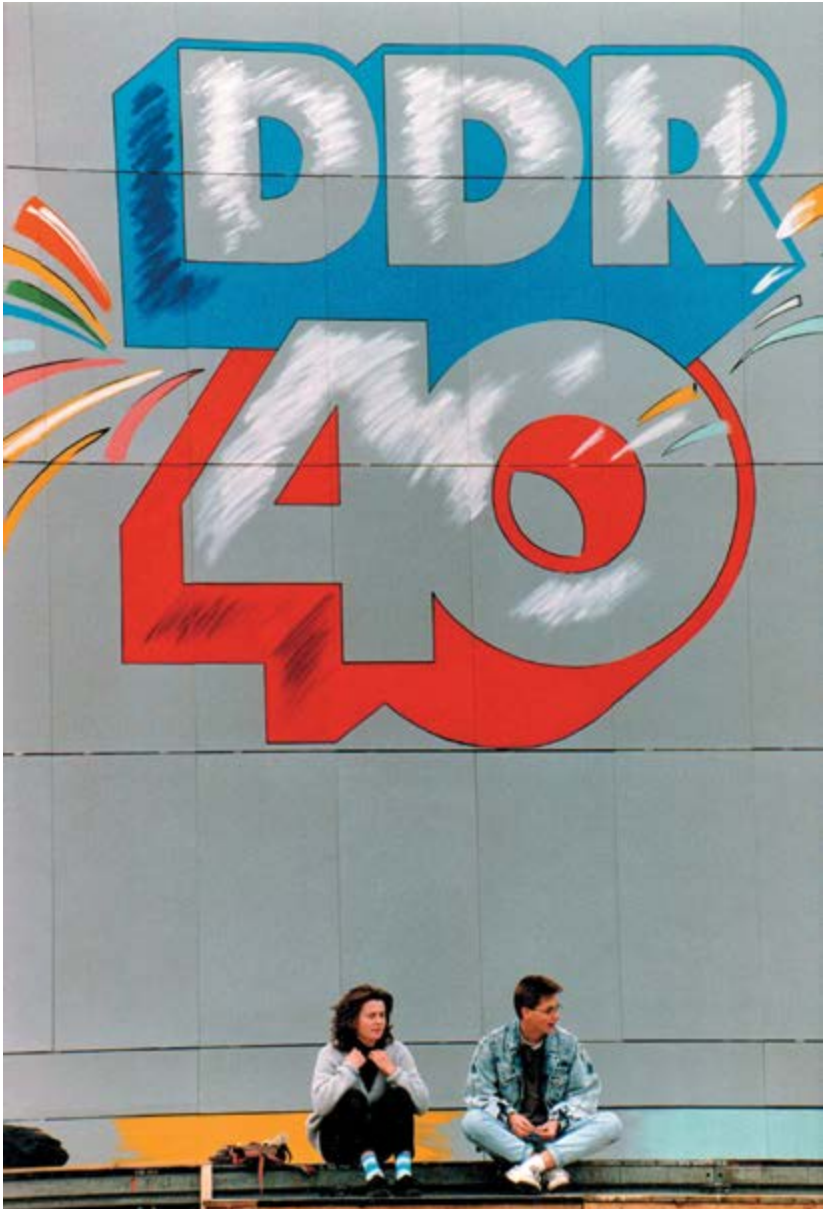
– Nach dem Gottesdienst in der Nikolai-kirche in Leipzig bildet sich erneut ein Demonstrationzug, dem sich Passanten anschließen. 20.000 Menschen nehmen an der oppositionellen Demonstration teil. Überrascht vom Ausmaß des Protests schreitet die Volkspolizei nicht ein. Weitere Demonstrationen sollen jeden Montag stattfinden.

2. OKTOBER

– UdSSR. Vertreter der Reformbewegung Sajudis überreichen Michail Gorbatschow eine vom Obersten Rat der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik verabschiedete Petition mit der Forderung nach einer Volksabstimmung zur Frage der Unabhängigkeit.



Mečislovas Ščepavičius, Landkarte der fortgeschrittenen Demokratisierung. Gazeta Wyborcza vom 10. August



DDR, im Oktober. Propagandalosung. Foto Associated Press / East News

5. OKTOBER

– **POLEN.** Vor dem DDR-Konsulat in Breslau demonstriert der Unabhängige Studentenverband. Die Veranstalter tragen eine öffentliche Erklärung vor: „Wir jungen Polen [...] protestieren entschieden gegen die Freiheitsbeschränkungen in der DDR und fordern insbesondere, aufzuhören, die Demonstranten

zu schlagen und die Mitglieder der unabhängigen Organisationen zu verfolgen. Die heutige Demonstration soll unsere Solidarität mit jenen Deutschen bezeugen, die nach Freiheit und Demokratie streben.“

**Aus dem unabhängigen Report
Und diese verdammte Ohnmacht:**

Mit unglaublicher Härte werden einzelne Demonstranten wie wahllos aus der Menge herausgegriffen und von bis zu acht zivilen MfS-Angehörigen zusammengeschlagen und brutal abgeführt. Volkspolizisten und MfS-Mitarbeiter prügeln viele der Festgenommenen auf die Transportfahrzeuge, obwohl keine Gegenwehr erfolgt. Bevorzugt richtet sich die Brutalität gegen Frauen, um männliche Demonstranten zum gewaltsamen Handeln gegen die Sicherheitskräfte zu provozieren. Die Regie des Geschehens liegt zu diesem Zeitpunkt schon gänzlich bei den MfS-Offizieren.

Berlin, 7. Oktober [54]

5. OKTOBER

– Dreitägige offizielle Feierlichkeiten zum 40. Jubiläum der DDR beginnen unter Beteiligung u.a. von Michail Gorbatschow und General Wojciech Jaruzelski.

In einer Gegendemonstration für Freiheit und Reformen ziehen Tausende Menschen durch das Stadtzentrum und rufen: „Gorbi, hilf!“ Die Sicherheitskräfte nehmen viele Demonstranten fest. Die Regierungszeitung Neues Deutschland kommentiert: „Diejenigen, die glaubten, die Jubiläumsfeierlichkeiten zu 40 Jahren DDR würden die Regierungspolitik verändern, irrten sich gewaltig. Jeder Versuch, die Ideen des Sozialismus anzugreifen, ist zum Scheitern verurteilt.“



Ostberlin, 5. Oktober. Militärparade während der Feierlichkeiten zum 40. Jubiläum der DDR. Foto Chris Niedenthal / FORUM

Imre Pozsgay, stellv. Ministerpräsident Ungarns:

Lange hatte ich die Illusion, die kommunistische Partei könne Reformprozesse einleiten. Aber das ist unmöglich. Das kommunistische System ist endgültig bankrott. [...] In der Geschichte Ungarns hat es nie einen Militärputsch gegeben [...]. Die Folgen der Politik von Jaruzelski sind abschreckend genug. [11]

7. OKTOBER

– **UNGARN.** Die Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei beschließt die Auflösung der Partei, die in die Ungarische Sozialistische Partei umgewandelt wird. Zum ersten Mal im gesamten Ostblock wird eine regierende kommunistische Partei aufgelöst.

9. OKTOBER

– In Leipzig findet die nächste „Montagsdemonstration“ statt. Nach den in der Nikolaikirche und in den drei anderen evangelischen Kirchen im Stadtzentrum abgehaltenen Friedensandachten beginnen kurz nach 18 Uhr rund 100.000 Demonstranten einen ruhigen Marsch durch die ganze Stadt. Demonstranten skandieren: „Keine Gewalt!“ Die Volkspolizei ergreift zum ersten Mal keine Gegenmaßnahmen – erstes Signal eines geschwächten kommunistischen Regimes in der DDR.

Martin Jankowski,

oppositioneller Schriftsteller:

Später am Abend trafen wie verabredet nach und nach die Freunde bei mir ein. Mit glänzenden Augen berichteten wir: Niemand wurde verhaftet. Nirgendwo war geschossen worden. Nirgendwo gab es eine Rangelei. Alles war friedlich geblieben. Die Staatsmacht hatte nicht gewagt anzugreifen. [...] Plötzlich gab es keine „Konterrevolution“ mehr. Wir fühlten uns unglaublich stark, mutig und unverwundbar. [...] Ab jetzt würden wir mitbestimmen, was in diesem Land geschieht. [...] Da ich natürlich keinen Champagner zu Hause hatte, stießen wir mit georgischem Tee an.

Leipzig, 9. Oktober [19]



Leipzig, im Oktober. Nikolaikirche. Foto Martin Naumann

14. OKTOBER

– **UdSSR.** Die sowjetischen Behörden lehnen die Registrierung des Vereins Memorial ab, der der Opfer der stalinistischen Verfolgung gedenken will. Vertreter der Organisation verstehen die Ablehnung als „Entehrung des Gedenkens der Menschen, die in den Jahren des stalinistischen Terrors ums Leben kamen.“

15. OKTOBER

– **UdSSR.** Während einer Kundgebung in Moskau, an der sich 10.000 Menschen beteiligen, fordert Boris Jelzin Demokratisierung des Lebens in der UdSSR und Absetzung der „Konservativen“ des Politbüros des ZK der KPdSU.

16. OKTOBER

– In Leipzig findet die nächste „Montagsdemonstration“ für Demokratie statt. 120.000 Menschen beteiligen sich, sie rufen u.a. die Parole „Wir sind das Volk!“.
Auch einige legale Vereine und Organisationen verlangen Reformen.

18. OKTOBER

– Nach 18 Jahren Führung tritt Erich Honecker aus „gesundheitlichen Gründen“ von allen Partei- und Staatsämtern zurück. Das Amt des Generalsekretärs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands übernimmt Egon Krenz.

Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Erklärung vom 9 Oktober:

anhaltende Fluchtbewegung sind heute Symbole eines erstarrten autoritären Systems [...]. Sie sind zugleich Ausdruck tiefer Unsicherheit der Verantwortlichen in Ostberlin. [...] Innerer Frieden und Stabilität können nicht durch Gewalt und Entmündigung der Menschen garantiert werden.

Äußerer Friede und gute Nachbarschaft durch Dialog und Zusammenarbeit können nicht gedeihen, wenn die DDR-Führung fortfährt, sich von den internationalen Veränderungen und Reformen in Ost und West abzukoppeln und sich selbst zu isolieren.

Bonn, im Oktober [24]



DDR, im Oktober. Demonstration für demokratischen Umbruch. Foto Associated Press / East News

21. OKTOBER

– **BULGARIEN.** Zum ersten Mal nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs findet ein öffentliches Treffen statt, das nicht von den regierenden Kommunisten initiiert wird. Unabhängige Aktivisten und Ökologen von Ökologasnost diskutieren in Sofia über die katastrophale Lage der Umwelt. Die bulgarische Miliz schreitet nicht ein.

23. OKTOBER

– **UNGARN.** Nach Novellierung der ungarischen Verfassung zur Ermöglichung eines Mehrparteiensystems wird die Republik Ungarn proklamiert.

Bärbel Bohley, deutsche Oppositionelle in der Debatte mit der SED-Führung:

Mein Traum war, mich hier wieder finden zu können. Früher wussten wir gar nicht, von was für einer DDR wir träumten, da wir ständig woanders hinschauten. [...] Wir fühlten uns erdrückt, stellten uns vor, wie es wäre, woanders zu leben ... Mein Traum ist es zu wissen, dass nicht das Politbüro unsere Wünsche bestimmt, sondern wir selbst.

Ostberlin, 26. Oktober [36]

20. OKTOBER

– In der ganzen DDR wird demonstriert. Die größten Kundgebungen finden in Leipzig, Berlin, Potsdam und Karl-Marx-Stadt statt. Einen ungewöhnlichen Verlauf nimmt die Demonstration in Dresden, wo 50.000 Teilnehmer in völligem Schweigen durch die Stadt laufen.

Die Demonstrationen dauern fünf weitere Tage an.

26. OKTOBER

– Vertreter des Neuen Forums, Jens Reich, Bärbel Bohley und Sebastian Pflugbeil, treffen sich mit der SED-Führung und diskutieren über die Notwendigkeit, Reformen durchzuführen. Das DDR-Fernsehen überträgt Ausschnitte aus dieser Debatte. Die Demonstrationen greifen auf Rostock, Erfurt und Gera über.



Ostberlin, 21. Oktober. Menschenkette für demokratischen Umbruch in der DDR.

Foto Associated Press / East News

27. OKTOBER

– Steffen Reiche, Vertreter der Sozialdemokratischen Partei (SdP) in der DDR, fordert die Einrichtung eines ostdeutschen Runden Tisches.

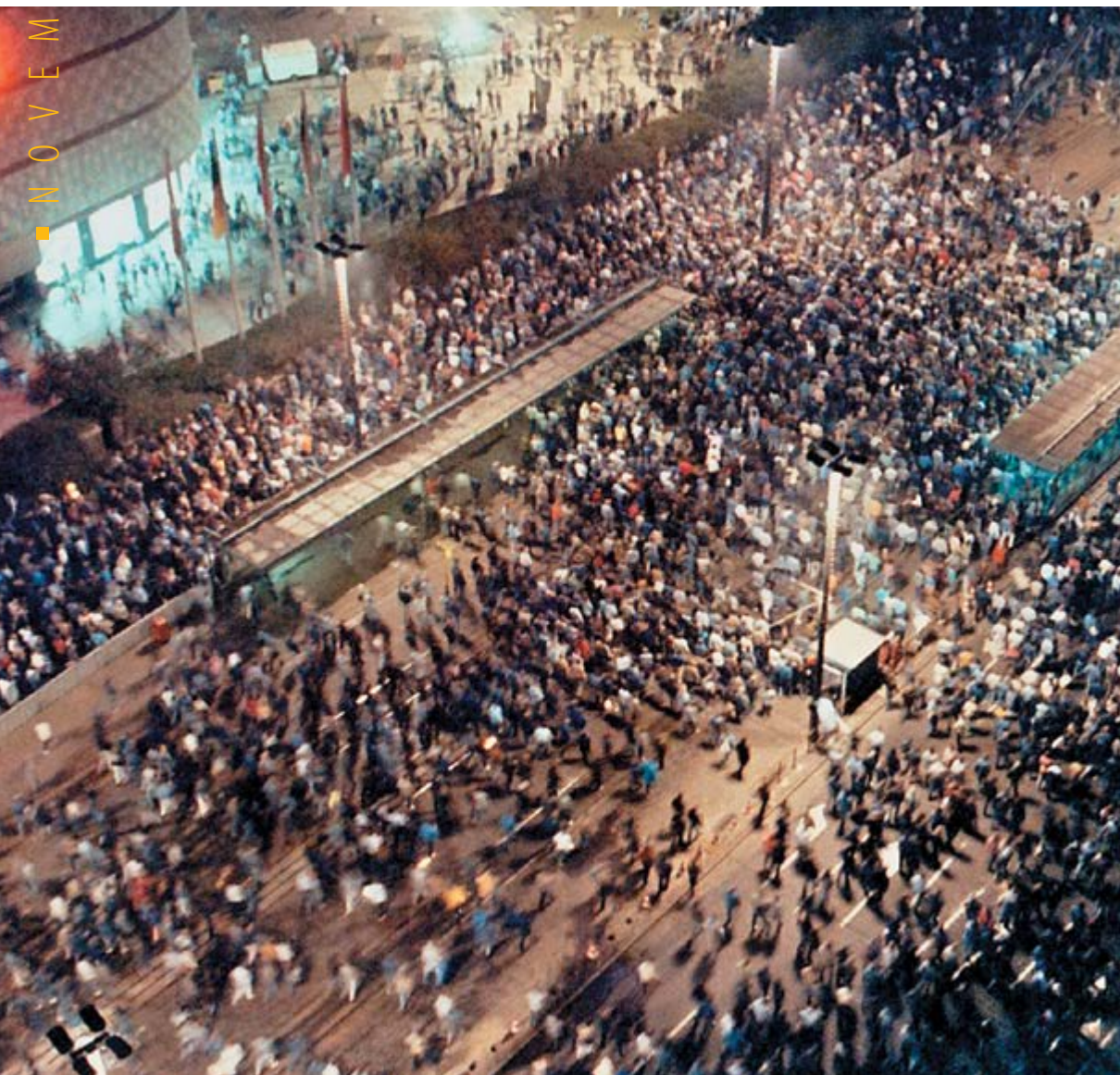
– Die DDR-Regierung verkündet eine Amnestie für alle, die versucht haben, illegal die Grenze zu passieren. Auch einige während der letzten Demonstrationen für demokratischen Wandel Verhafteten werden entlassen.

Jan Ruml, tschechischer Oppositioneller:

In der DDR gingen Tausende oder gar Millionen auf die Straße, denen an einem Tag bewusst wurde, wo der Weg zur Freiheit und Zivilgesellschaft lang geht. In der Tschechoslowakei dagegen irren Millionen Bürger, behängt mit Einkaufstüten, ziellos im umzäunten Land umher. [27]

28. OKTOBER

– **TSCHECHOSLOWAKEI.** Die Regierung veranstaltet auf dem Prager Wenzelsplatz eine feierliche Vereidigung der Rekruten, um eine unabhängige Demonstration zum 71. Jahrestag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit zu verhindern. Nachmittags versammeln sich auf dem Platz einige Tausend Demonstranten und rufen: „Wir wollen Freiheit!“ Die Miliz schreit ein. Mehr als 300 Menschen werden festgenommen.



Leipzig, im Oktober. Demonstration der Opposition. Foto Associated Press / East News

3 . NOVEMBER

– **POLEN.** In Breslau beginnt ein dreitägiges internationales Seminar „Mitteleuropa. Kultur am Scheideweg – zwischen Totalitarismus und Kommerzialisismus“. Während des Seminars findet ein Festival unabhängiger tschechischer Kultur statt, an dem sich tschechoslowakische Musiker, darunter Exilanten wie Karel Kryl und Jaroslav Hutka, beteiligen. Einige Tausend Tschechen und Slowaken sind anwesend.

Petruška Šustrová, tschechische Oppositionelle:

In Breslau [...] trafen wir Gruppen von Menschen, die praktisch alle Tschechisch sprachen. [...] Wie viele von ihnen waren zwei Wochen später auf der Prager Demonstration? Viele, die hier den Geschmack der Freiheit kosteten, wollten nicht mehr zurück in dieselbe Baracke. [35]

4. NOVEMBER

– Zur Demonstration auf dem Ostberliner Alexanderplatz kommen knapp eine Million Menschen. Die Teilnehmer verstehen, dass die ausbleibende Reaktion der Regierenden auf eine so große öffentliche Versammlung das Ende des alten Systems bedeutet. Von der provisorischen Tribüne sprechen Oppositionelle, Regierungsvertreter und Persönlichkeiten aus der Welt der Kultur zu den Versammelten. Demonstranten fordern die Wiederherstellung der Demokratie in der DDR sowie Presse- und Vereinigungsfreiheit.

Stefan Heym, Schriftsteller, auf dem Alexanderplatz:

Wir haben in diesen letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen. Und das, Freunde, in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen, und wo die Leute immer gekuscht haben, unter dem Kaiser, unter den Nazis, und später auch.

Ostberlin, 4. November [36]

Róbert Juharos, ungarischer Student, auf dem Alexanderplatz:

Uns, die Völker Mittel- und Osteuropas, verbindet nicht nur [...] die 40 dunklen Jahre der Diktatur und Unterdrückung, uns verbindet auch der Wunsch nach einer wirklichen Demokratie, in der wir frei über unser Leben entscheiden können. [...] Ein gemeinsames europäisches Haus kann nur mit demokratischen Staaten gebaut werden. [1]



Ostberlin, 4. November. Demonstration auf dem Alexanderplatz. Foto NAF Dementi / Ośrodek Pamięć i Przyszłość

7. NOVEMBER

– Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik tritt zurück. Die Demonstrationen mit vielen Tausend Teilnehmern in der Hauptstadt hören nicht auf.

7. NOVEMBER

– **UdSSR.** Während der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktoberrevolution finden in Moskau viele unabhängige Demonstrationen statt. Einige Tausend Menschen beteiligen sich an einer Demonstration für Pluralismus, freie Wahlen, Abschaffung der Zensur und Freilassung der politischen Häftlinge. Die Miliz interveniert nicht.

9. NOVEMBER

– Gegen 19 Uhr gibt der Sekretär des ZK der SED Günter Schabowski während der Pressekonferenz in Ostberlin unerwartet bekannt, die Verordnung über die Reisefreiheit der DDR-Bürger trete sofort in Kraft. Zwei Stunden später wird an vielen Stellen Berlins die Mauer spontan beschädigt und die Menschen gehen auf die andere Seite.

Günter Schabowski auf der Pressekonferenz:

Wir haben uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen. [...] Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. [...] Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Westberlin erfolgen.

Ostberlin, 9. November [15]

Annemarie, Aktivistin der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt:

Wir wussten nicht, was los war. Wir konnten das nicht glauben. Mein Mann sagt: „Komm, wir gehen auf ein Bier auf den Ku'damm“. Ich darauf: „Bist du verrückt geworden? Wie? Man darf es doch nicht.“ Das hat sich in meinem Kopf so festgesetzt: man darf es nicht und Schluss. [...] Wir fuhren zum nächsten Grenzübergang, zur Bornholmer Brücke. Von weitem hörten wir Jubeln, Frohlocken, Ströme von Menschen bewegten sich in diese Richtung, manche mit Mänteln über den Pyjamas.

Ostberlin, 9. November [52]

10. NOVEMBER

– In Westberlin findet eine große Solidaritätsdemonstration mit den Menschen in Ostdeutschland unter Beteiligung höchster Regierungsvertreter der Bundesrepublik statt.
– In den Grenzstädten der Bundesrepublik gibt es spontane Begrüßungsfeste für die Ankömmlinge aus der DDR.

Mieczysław F. Rakowski, 1. Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei:

Unter den Deutschen große Aufregung. Gestern öffnete die DDR die Grenzübergänge nach Westberlin und in die Bundesrepublik. [...] So erreichte die „Perestroika-Pest“ auch die DDR. Während eines früheren Gesprächs mit Krenz fragte ich ihn, ob er sich die folgende Szene vorstellen könnte: 100.000 Demonstranten kommen an die Mauer und beginnen sie abzutragen. Was macht ihr dann? Werdet ihr schießen? Krenz antwortete, das sei eine gute Frage und er sehe eine solche Szene...

Warschau, 10. November [40]

10. NOVEMBER

– **UdSSR.** In Kischinau findet eine Demonstration für Demokratie und Unabhängigkeit Moldawiens statt, an der sich viele Tausend Menschen beteiligen. Die Teilnehmer werden von der sowjetischen Miliz brutal angegriffen, die Knüppel, Tränengas und Wasserwerfer einsetzt. Die Kämpfe dauern bis spät in die Nacht. Die Massenmedien berichten von mehreren Hundert Verletzten.

10. NOVEMBER

– **BULGARIEN.** Todor Schiwkow wird gezwungen, als 1. Sekretär der Bulgarischen Kommunistischen Partei zurückzutreten. Sein Nachfolger wird der langjährige Außenminister Petar Mladenow. Während der Politbürositzung des ZK der BKP fallen Forderungen nach politischem Pluralismus und Marktwirtschaft.



Ostberlin, 10. November. Nach dem Fall der Berliner Mauer. Hinter den Soldaten: Niemandsland, dessen Betreten noch vor kurzem mit dem Tod bedroht wurde.

Foto Robert Wallis / CORBIS/FotoChannels

13. NOVEMBER

– Die DDR-Staatsmacht ordnet die Abschaffung aller Blockaden entlang der Berliner Mauer an.

Hans Modrow wird neuer Ministerpräsident der DDR. Er erklärt seinen Willen, eine Gemeinschaft beider deutscher Staaten zu schaffen.

– Durch Ostdeutschland rollt die nächste Welle von Massendemonstrationen; Menschenmengen kommen auf die Straßen, unter anderem in Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Magdeburg. Die Demonstranten rufen immer mutiger die Parole „Wir sind ein Volk“.

15. NOVEMBER

– **USA.** In Washington spricht Lech Wałęsa vor beiden Kammern des US-Kongresses. Mehrfach betont er die Bedeutung und den Charakter des Umbruchs in Osteuropa: „Der polnische Weg des gewaltlosen Kampfs für Menschenrechte, die polnische Ausdauer und Konsequenz auf dem Weg zu Pluralismus und Demokratie zeigen heute vielen Menschen und sogar Nationen, wie man die größten Gefahren vermeiden kann. Wenn heute die europäische

Stabilität gefährdet ist, dann nicht durch Polen. Der von den Polen eingeschlagene Weg sehr tiefer, aber friedlicher, evolutionärer Umwandlungen, die unter Beteiligung aller Seiten ausgehandelt werden, ermöglicht es, die größten Gefahren zu vermeiden, und kann in vielen anderen Regionen Schule machen.“

Die Kommentatoren sprechen von einer „historischen“ Rede Lech Wałęsas.



Berlin, 10. November. Die Mauer
am Brandenburger Tor.

Foto Jerzy Patan / ZK





Unsere Revolution kam zwar als eine der letzten, dafür verlief sie aber schneller als andere und war auf ihre Weise auch radikaler; wir hatten ja keine „Perestrojka“ – oder kommunistischen Zwischenspiele mehr, sondern haben gleich, nach einigen Revolutionstagen, angefangen, eine normale demokratische Gesellschaft aufzubauen. Die Tschechoslowakei war auch das erste Land im ganzen Sowjetblock, in dem ein echter lebenslanger Nichtkommunist Staatsoberhaupt wurde, der darüber hinaus noch vor einigen Tagen ein Dissident in vorderster Reihe, ein „Star im Theater der Opposition“ war.

Václav Havel in seinem Buch *Fassen Sie sich bitte kurz* (Reinbek 2007)

T
S
C
H
E
C
H
O
S
L
O
W
A
K
E
I



Prag, im November 1989. Demonstration für demokratischen Wandel.

Foto Fausto Giaccone / Anzenberger/FORUM

Oberst Jiří Bytčánek, Chef des Prager Sicherheitsdienstes:

Für die Demonstration wurden 21 Mitarbeiter mit Handfunksprechgeräten eingesetzt, darüber hinaus sieben Fahrzeuge, die als Relaisstation dienten. [...] Sowohl der offizielle Teil als auch der weitere Umzug der Studenten hatte praktisch nichts mit einer Gedenkfeier für Jan Opletal zu tun. Verschiedene antisozialistische und antigesellschaftliche Parolen wurden gerufen. In der Umgebung des Botanischen Gartens kam es zur ersten Blockade, weswegen die Demonstranten in das Friedrich-Engels-Ufer abbogen und weiter in Richtung des Nationaltheaters liefen. Dann rief mich Miroslav Štěpán [Sekretär des Prager Stadtrats der KPČ] an: „Jirko, das sind doch keine Studenten mehr, man muss Ordnung schaffen.“

Prag, 17. November [41]

17. NOVEMBER

– Am 50. Jahrestag des Begräbnisses Jan Opletals, eines Studenten, den die Deutschen auf einer Anti-Hitler-Demonstration ermordet hatten, findet in Prag eine legale Demonstration statt. Ein Umzug von rund 15.000 Menschen, hauptsächlich Studenten, bewegt sich in Richtung Wenzelsplatz, wird gestoppt und von der Miliz mit Knüppeln und Tränengas brutal auseinandergetrieben.

18. NOVEMBER

– Nach der Demonstration in Prag kündigen die Studenten einen Besetzungstreik an. Abends schließen sich ihnen Schauspieler der Prager Theater an. Das Gerücht taucht auf, die Miliz habe den Studenten Martin Šmíd getötet.



Radoj Ralin, unabhängiger bulgarischer Schriftsteller, auf einer Kundgebung:

Der 10. November [als Teodor Schiwkow zurücktrat] war eine erneute Befreiung Bulgariens. Möge sie nicht nur eine heldenhafte Leistung oder romantische Absicht bleiben ... Als Volk werden wir ständig belogen, und in unseren Seelen gibt es schon keinen Platz mehr für leere Illusionen.

Daher wird die erste Aufgabe sein, freie Wahlen im Geiste des Parteienpluralismus durchzuführen. [...] Parteien sollen nicht entstehen, um die Macht zu übernehmen, sondern zur Entwicklung des gesellschaftlichen und individuellen geistigen Lebens. Das ist ein unveräußerliches Recht
Sofia, 18. November [17]

**Petr Pospíchal, tschechischer
Oppositioneller:**

Als ich in Petr Uhls Wohnung kam, hörten sie dort auf einer Audiokassette das Interview mit einer Frau, die erzählte, ein enger Freund von ihr sei während der Demonstration getötet worden. Wir hörten uns das mehrfach an und kamen zur Überzeugung, dass das eine schwierige Sache sei, die man weder

veröffentlichen noch nicht veröffentlichen könne. Angesichts der Verantwortung und wegen unserer Berufsethik (damals waren wir bereits seit langem als Osteuropäische Informationsagentur tätig) beschlossen wir gemeinsam mit Petr Uhl, diese Information mit einem Kommentar zu veröffentlichen: „Die folgende Information bekamen wir von einer Frau, die anonym bleiben will, ihrem Bericht nach...“

Diese Information führte zu einer wesentlichen Radikalisierung der Stimmung und wirkte wie ein Zünder zur Revolution, obwohl sie sich als unwahr erwies. Sie war Teil irgendeines Spiels des Sicherheitsdienstes, man konnte aber nicht durchschauen, worum es ihnen dabei eigentlich ging.

Prag, 18. November [39]



Prag, 17. November. Blockade des Studentenumzugs in der Narodowa-Straße. Foto Radovan Boček



Symbol der Charta 77 an einer Mauer

18. NOVEMBER

– **BULGARIEN.** Auf dem Platz vor der Alexander-Newski-Kathedrale in Sofia findet die erste von der Opposition organisierte Kundgebung statt. 100.000 Demonstranten rufen Parolen für den demokratischen Wandel, fordern Freilassung der politischen Häftlinge, freie Wahlen, Redefreiheit und Verurteilung von Todor Schiwkow.



Prag, im November.
Demonstration auf dem
Wenzelsplatz. Foto Ota Nepilý





Prag, 19. November. Solidaritätsdemonstration mit den in der Narodowa-Straße zusammengeschlagenen Studenten. Foto Peter Turnley / CORBIS/FotoChannels

**Tomáš Hradílek, Dana Němcová,
Saša Vondra, Sprecher von Charta 77,
Stellungnahme zur Lage im Land:**

Während fast alle Staaten Osteuropas den friedlichen Weg der demokratischen Reformen gehen, entfacht die tschechoslowakische Partei- und Staatsführung einen Krieg gegen ihre eigenen Bürger, die nur verlangen, den Nachbarstaaten zu folgen. Ein Krieg, der dazu führen wird, dass der künftige und unvermeidliche Dialog der ganzen Gesellschaft schmerzhafter und schwieriger sein wird. [...] Wir fordern, dass diejenigen der Partei- und Staatsfunktionäre, die für die brutalen Maßnahmen gegen die eigenen Bürger unmittelbar verantwortlich sind, sofort zurücktreten.

Prag, 19. November [5]

19. NOVEMBER

– In der Narodowa-Straße in Prag legen die Menschen den ganzen Tag Blumen nieder und zünden Kerzen an zum Gedenken an den angeblich getöteten Studenten und die 150 zusammengeschlagenen Teilnehmer der Demonstration am 17. November. Der Sicherheitsdienst schreitet nicht ein. Im Schauspiel-Klub rufen tschechische Oppositionelle das Bürgerforum mit Václav Havel an der Spitze ins Leben, das sich die Demokratisierung des Staates auf dem Reformweg zum Ziel setzt.

20. NOVEMBER

– **BULGARIEN.** Das Politbüro des ZK der BKP gibt eine Erklärung ab, in der behauptet wird, die meisten Forderungen, die während der Demonstration für demokratischen Wandel gestellt wurden, seien inakzeptabel. Die Parteiführung ruft die Gesellschaft auf, „die für den Reformprozess im Staat unentbehrliche Ruhe zu bewahren.“

21. NOVEMBER

– **DDR.** Die Demonstrationen für eine möglichst rasche Durchführung freier Wahlen dauern an. In Ostberlin findet vor der tschechoslowakischen Botschaft eine Protestkundgebung gegen die brutale Intervention der tschechischen Miliz gegen die Studenten am 17. November statt.

20. NOVEMBER

– Slowakische Dissidenten rufen den Verein Öffentlichkeit gegen Gewalt ins Leben. Er tritt für friedliche Maßnahmen ein, fordert die Streichung der „führenden Rolle der Partei“ aus der Verfassung und die möglichst schnelle Durchführung freier Wahlen.

21. NOVEMBER

– Auf dem Prager Wenzelsplatz demonstrieren rund 200.000 Menschen. Vom Balkon des Gebäudes, in dem der Verlag Melantrich sitzt, spricht Václav Havel zu den Demonstranten. Nach seiner Rede singt Marta Kubišová das seit 1968 verbotene Lied *Gebet für Martha*. Die Kundgebung endet mit dem gemeinsamen Singen der tschechischen Nationalhymne.

22. NOVEMBER

– In der ganzen Tschechoslowakei streiken Hoch- und einige höhere Schulen. Ministerpräsident Ladislav Adamec erklärt, die Streitkräfte würden nicht zur Zerschlagung oppositioneller Demonstrationen eingesetzt.

– An der abendlichen Demonstration in Bratislava nehmen 80.000 Menschen teil. Auf der Kundgebung am Platz des Slowakischen Nationalaufstands sprechen Studenten, Schauspieler und Vertreter der unabhängigen Organisation Öffentlichkeit gegen Gewalt. Alle Redner verurteilen die Politik der regierenden Kommunisten und fordern demokratischen Wandel.

Aus der Resolution der Schauspieler des Slowakischen Nationaltheaters, auf der Kundgebung verlesen von Magda Vašáryova:

Eine der Hauptpflichten des Menschen ist der Schutz des Lebens, auch des eigenen. Wenn es uns um ein würdiges Leben geht, das mit humanistischem Sinn erfüllt werden soll, mit dem Dienst für das Gute, für Gerechtigkeit und Wahrheit, dann lasst uns uns darum gemeinsam bemühen, freiwillig und geleitet von Ehrlichkeit und Toleranz. Ohne Zorn, Hass, in Nächstenliebe und Liebe zur Natur, deren Teil wir sind. [...] Fangen wir möglichst schnell mit reinem Tisch und reiner Tafel an, ohne unmoralische Kompromisse. [...] Mögen unsere Gedanken genug Freiraum haben, so dass wir in der Wahrheit leben können. Schaffen wir gemeinsam eine solche Republik, in der wir alle uns schließlich zu Hause, wie gleichberechtigte Bürger fühlen.

Bratislava, 22. November [23]



Prag, 22. November. Wenzelsplatz. Foto Karel Cudlin

22. NOVEMBER

– **DDR.** Opposition und SED einigen sich auf die Einberufung eines deutschen Runden Tisches. Ministerpräsident Hans Modrow erklärt vor der Volkskammer, der gesellschaftliche und politische Wandel in der DDR sei unabwendbar.

24. NOVEMBER

– **RUMÄNIEN.** Nicolae Ceaușescu wird erneut zum 1. Sekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens gewählt. Der Beschluss des Zentralkomitees erfolgt einstimmig.

**J.J.K. Nebeský, Schüler, 2. Klasse
Gymnasium, schreibt in seinem Tagebuch:**

Um 16 Uhr 50 ging ich auf den Platz und nahm an der Demonstration teil. [...] Das war wunderbar, zunächst wurde eine Resolution von Studenten vorgelesen, dann gingen wir in die Kirche (wir waren wohl etwa 400-500 Menschen), wo der Pfarrer einen Offenen Brief von Kardinal Tomášek verlas. Dann gingen wir nach draußen, dort las man die Erklärung der 300 Mitarbeiter von Sigma Hranice vor. Zum Schluss riefen wir: „Hranice wach auf!“ und „Freie Weihnachten!“.
Das war sehr schön und endete mit der tschechoslowakischen Nationalhymne. Auch Kerzen wurden angezündet. Meine erste Demonstration machte auf mich einen sehr guten Eindruck. Wenigstens konnte ich etwas tun, um meine Meinung kund zu tun. Selbstverständlich war es sehr kalt, da es seit gestern schneit. Morgen gehe ich wieder hin.

Hranice, 23. November [45]

Jiří Dienstbier, tschechischer Oppositioneller:
Der Gletscher im Herzen Europas schmilzt. Im Grunde ist er bereits zerschmolzen, obwohl seine Reste immer noch in unseren Gewässern treiben, so dass wir nicht loslassen, bis sie restlos verschwinden. Die zweite Phase wird schwieriger. Obwohl es noch unlängst fast unmöglich schien, die verkalkte Machtstruktur aufzulösen, war dies letztendlich einfacher, als das, was uns jetzt bevorsteht. Die Samtene Revolution, wie sie hie und da bezeichnet wird, schaffte aber eine starke Grundlage für den künftigen Aufbau.

Prag, 24. November [28]



Prag, im November. Demonstranten am Wenzelsdenkmal. Foto David Turnley / CORBIS/FotoChannels

23. NOVEMBER

– Das tschechoslowakische Fernsehen überträgt zum ersten Mal kurze Ausschnitte aus der Demonstration und Äußerungen der Teilnehmer. Demonstrationen finden auch in kleineren Orten statt.

24. NOVEMBER

– In Prag beginnt die Sitzung des ZK-Plenums der KPČ. 15 von 24 Präsidiums- und Sekretariatsmitgliedern treten zurück. Auf den Straßen dauert eine Kundgebung mit Tausenden Menschen an. Die Demonstranten klingeln mit Schlüsseln und Glöckchen und fordern so den Rücktritt der Parteiführung.

24. NOVEMBER

– **DDR.** Die ostdeutsche oppositionelle Gruppierung Demokratischer Aufbruch fordert, innerhalb eines Jahres freie Parlamentswahlen durchzuführen. Die kommunistische Führung schlägt vor, den Termin um zwei Jahre zu verschieben.

26. NOVEMBER

– **UNGARN.** In einem landesweiten Referendum wird der Entschluss bestätigt, die Präsidentschaftswahlen nach den Parlamentswahlen durchzuführen.

26. NOVEMBER

– Beginn der Gespräche zwischen Opposition und Regierenden; eine Delegation des Bürgerforums trifft sich mit Vertretern des ZK. Die erste Forderung betrifft die Freilassung von 18 Personen, die während der Novemberdemonstrationen festgenommen wurden. Abends organisiert das Bürgerforum in Prag eine Demonstration mit 500.000 Menschen und veröffentlicht eine Erklärung gegenüber der Regierung.

– In Brno bilden die Demonstranten eine Menschenkette bis zum Gefängnis in Bohunice, am Rande der Stadt.

27. NOVEMBER

– In der ganzen Tschechoslowakei wird ein Generalstreik ausgerufen; Betriebe, Schulen, Ämter stehen still. In den Städten und Kleinstädten kommen immer größere Menschenmengen auf die Straßen. Das Bürgerforum gibt sein Programm bekannt.



Brno, 26. November. Menschenkette für Solidarität mit den politischen Häftlingen. Foto Ota Nepilý

29. NOVEMBER

– **POLEN.** In Nowa Huta bewarfen einige Hundert Demonstranten von der Bewegung der Alternativgesellschaft, der Orange Alternative und der Föderation der Kämpfenden Jugend das Lenin-Denkmal mit Steinen und Benzinflaschen. Es kommt zu Rangeleien mit der Miliz, die Knüppel und Tränengas einsetzt.

Grzegorz Hajdarowicz, Demonstrationsteilnehmer:

Wir betrieben Politik vorwiegend auf der Straße, ein paar Telefonate und gleich gab es Krawalle. Wir wurden zu Hooligans und Terroristen erklärt, doch Demonstrationen und Kämpfe mit der Miliz waren unsere einzige Möglichkeit, gegen das System zu protestieren. [6]

Aus dem Aufruf des Bürgerforums

Was wollen wir?:

Unser Land befindet sich in einer tiefen moralischen, geistigen, ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krise. Diese Krise bezeugt die Erfolglosigkeit des bisherigen politischen und wirtschaftlichen Systems. [...] Die Tschechoslowakische Republik muss ein demokratischer Rechtsstaat sein. Eine entsprechende Verfassung muss erarbeitet und das ganze Rechtssystem allmählich an die Verfassungsgrundsätze angepasst werden und garantieren, dass diese Grundsätze nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Staatsmacht verpflichtend sind.

Prag, 27. November [3]

28. NOVEMBER

– Vertreter des Bürgerforums vereinbaren mit der Regierung Ladislav Adamecs, dass die Zusammensetzung des neuen tschechoslowakischen Kabinetts der „breiten Koalition“ bis zum 3. Dezember vorgestellt wird.

29. NOVEMBER

– Das Parlament der tschechoslowakischen Föderation bestätigt die Verfassungsänderungen – die Bestimmung über die führende Rolle der kommunistischen Partei und des Marxismus-Leninismus wird gestrichen.



Prag, 28. November. Abschluss der Gespräche zwischen Regierung und Opposition. Foto Miroslav Zajic / CORBIS/FotoChannels

Hans Modrow, Ministerpräsident der DDR in einem Interview für das Nachrichtenmagazin Der Spiegel:

Wenn wir über die Konföderation ins Gespräch gehen wollen, müssen wir realistisch bleiben. [...] Wie ist das mit der Nation und den zwei Staaten? Sind es zwei Nationen, ist es eine Nation mit zwei Staaten? Wir brauchen erst mal ein Fundament,

das Ausbaufähigkeiten für weiteres schafft. Wir leben doch in Europa und in einer Welt, die uns betrachtet, Sie nicht ohne und wir nicht ohne Nachbarn und Verbündete. Und wir brauchen doch auch – beide Staaten im Bündnis – Vertrauen für das, was sich vollzieht.

Berlin, 4. Dezember [22]



Prag, 4. Dezember. Ein Demonstrant mit Stalin-Büste und umgehängtem Zettel: „Nichts dauert ewig“.

Foto Dusan Vranic / Associated Press / East News

3. DEZEMBER

– Studenten protestieren gegen die neue Zusammensetzung des Kabinetts und fordern weitgehendere Veränderungen. Der tschechoslowakische Präsident entlässt weitere Regierungsmitglieder.

4. DEZEMBER

– Einem Aufruf des Bürgerforums folgend, begeben sich Tausende Demonstranten auf den Prager Wenzelsplatz. Sie artikulieren ihre Unzufriedenheit mit der neuen Regierung und fordern die Auflösung der Volksmiliz.

Jiří Dienstbier, tschechischer Oppositioneller:

Als Ministerpräsident Adamec seine „reformierte“ Regierung bekannt gab, rebellierten die Leute und forderten radikaleren Wandel. Ich fuhr an diesem Abend von der „Laterna“ zum Kesselhaus, um zu heizen, damit die Arbeiter nach der Schicht um 22 Uhr heißes Wasser zum Duschen hatten. Gegen Mitternacht kam ich zurück, und in der „Laterna“ saßen Havel, Pithart, Jičinský und andere. Wir überlegten uns, wer in der Regierung sitzen sollte, jemand kam auf die Idee, ich könnte Außenminister werden. [...] Wir rechneten nicht damit, dass sie mich oder Černogurski, der ein paar Tage zuvor aus dem Gefängnis freigelassen worden war, akzeptieren würden. [18]



Plakat des Bürgerforums: „Zurück nach Europa!“. Aus der Sammlung von Filip Blažek

3. DEZEMBER

– **DDR.** Das Politbüro des ZK der SED tritt zurück. Tausende DDR-Bürger bilden eine Menschenkette, um für demokratischen Wandel und die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten zu demonstrieren.

7. DEZEMBER

– **DDR.** Im Schloss Schönhausen in Berlin-Pankow beginnen die Verhandlungen am Runden Tisch. Es wird beschlossen, eine neue Verfassung zu verabschieden, freie Wahlen durchzuführen und den Staatssicherheitsdienst aufzulösen.
– **UdSSR.** Der Oberste Rat der Litauischen SSR streicht die Bestimmung über die führende Rolle der kommunistischen Partei aus der Verfassung.

B U L G A R I E N

Die Bedeutung von Solidarność für den Lauf der Welt besteht nicht nur darin, Beispiel und Erfolgsmodell im Kampf gegen den Kommunismus zu sein, sondern Solidarność war auch das ausschlaggebende Kettenglied und Vorbild für die „samtenen Revolutionen“ in Mittelosteuropa.

Želju Želew auf der Konferenz *Von Solidarność zur Freiheit*,
30. August 2005 in Warschau



Sofia, 14. Dezember 1989. Demonstration für demokratischen Wandel. Foto Klaus Titzer / Anzenberger/FORUM



Sofia, 6. Dezember. Demonstration für die Wiedereinführung der Religionsfreiheit. Foto Fausto Giaccone / Anzenberger/FORUM



Prag, im Dezember. Plakat: „Sterne an den Himmel, Sichel aufs Feld, Hammer in die Fabrik“.

Foto Dominik Księżski / ZK

Aus der Gründungserklärung des Bundes Demokratischer Kräfte:

Der Bund koordiniert die Anstrengungen der oppositionellen Gruppierungen im Kampf für Demokratie und bildet eine demokratische Plattform. Ihre Ziele betreffen hauptsächlich die Schaffung einer Zivilgesellschaft, die Erneuerung von politischem Pluralismus, Mehrparteiensystem, Rechtsstaat und Marktwirtschaft.

Sofia, 7. Dezember [17]

8. DEZEMBER

– **TSCHECHOSLOWAKEI.** Neuer Ministerpräsident wird der Slowake Marián Čalfa, ein Vertreter der Kommunisten, der dem Verein Öffentlichkeit gegen Gewalt beigetreten ist. In der neuen Regierung der „nationalen Verständigung“ sitzen insgesamt mehr als zehn Vertreter der Opposition.

6. DEZEMBER

– In Sofia demonstrieren einige Tausend Menschen für die Wiedereinführung der Religionsfreiheit. Die Demonstranten überreichen den Parlamentsvertretern eine Petition mit der Forderung nach Unabhängigkeit der Kirche von den Staatsbehörden.

7. DEZEMBER

– In Sofia gründen 13 bulgarische oppositionelle Gruppierungen den Bund Demokratischer Kräfte unter der Leitung von Schelju Schelew.

Die Proteste des Komitees zur Verteidigung der Religionsfreiheit verstärken sich. Die Demonstranten stellen neue Forderungen, unter anderem nach freien Wahlen.



Sofia, 10. Dezember. Stalin-plakat: „Nach 65 Jahren hat sich gezeigt, wer er ist.“ Foto Klaus Titzer / Anzenberger/FORUM

8. DEZEMBER

– Das ZK-Plenum der Bulgarischen Kommunistischen Partei schließt Todor Schiwkow und 26 weitere Mitglieder aus dem Zentralkomitee aus. Die Reformer um Petar Mladenow wollen so angesichts der zunehmenden Unzufriedenheit der Gesellschaft die Macht behalten.

10. DEZEMBER

– Einem Aufruf des Bundes Demokratischer Kräfte zur Kundgebung in Sofia folgen 100.000 Menschen. Die Demonstranten fordern einen bulgarischen Runden Tisch, Demokratisierung des Staates und freie Wahlen.

Aus dem Aufruf des Bundes Demokratischer Kräfte „Ja zum Wandel“ an das bulgarische Volk, auf der Kundgebung verlesen von Georgi Spasow:

Die tiefe politische, wirtschaftliche und geistige Krise, in der sich das Land befindet, erfordert einen radikalen Wandel, um den Demokratisierungsprozess zu beschleunigen, zu erweitern und zu vertiefen. Dies ist nur möglich bei gleichzeitigen personellen Änderungen auf allen Stufen der Partei- und Staatsführung und Aufhebung jener Verfassungsartikel und anderer Gesetze oder Verordnungen, die der Bulgarischen Kommunistischen Partei Privilegien garantieren [...]. Eine besondere Bedeutung für die Demokratisierung des Landes hat die Demokratisierung der BKP selbst.

Sofia, 10. Dezember [46]

10. DEZEMBER

– **TSCHECHOSLOWAKEI.** In Prag findet die im Jahr 1989 letzte große Demonstration des Bürgerforums statt. Der kommunistische Präsident Gustáv Husák tritt nach der Vereidigung der neuen Regierung zurück.

– In Bratislava ziehen 150.000 Menschen im „Umzug der Verständigung“ in das österreichische Hainburg jenseits der Donau.



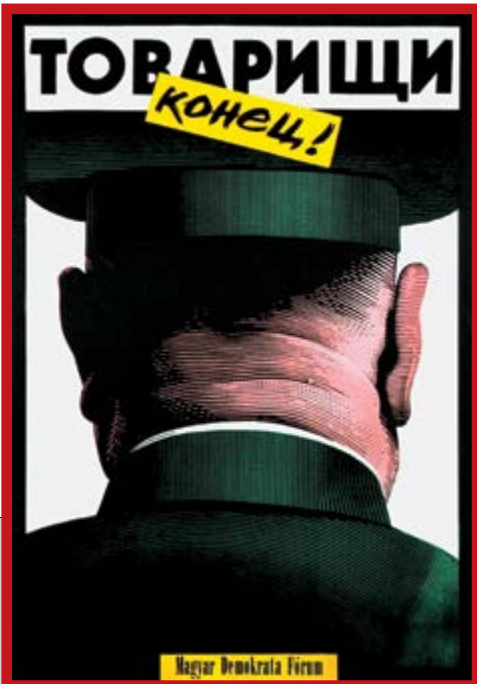


Sofia, im Dezember. Demonstration für Wiedereinführung der Redefreiheit.

Foto Nadežda Czipewa



Sofia, im Dezember. Oppositionelle Demonstration vor dem Parlamentsgebäude. Foto Oleg Popov / Reuters/FORUM



István Orosz, *Schluss, Genossen!* Im Besitz des Autors.

11. DEZEMBER

– Das ZK-Plenum der BKP unterbreitet den Vorschlag, den Artikel 1 über die führende Rolle der Partei aus der Verfassung zu streichen. Todor Schiwkow wird aus der Partei ausgeschlossen.

12. DEZEMBER

– In Sofia findet eine weitere friedliche Demonstration für demokratischen Wandel statt. Zehntausende versammeln sich vor dem Gebäude des ZK der BKP und entzünden schweigend Kerzen.

12. DEZEMBER

– **UNGARN.** Die neue Regierung startet Verhandlungen mit Vertretern der UdSSR zum Abzug der sowjetischen Truppen. Das erste Kontingent soll 10.000 von insgesamt 60.000 Soldaten umfassen, die in Ungarn stationiert sind.

13. DEZEMBER

– Die Bulgarische Kommunistische Partei organisiert in Sofia eine Kundgebung mit 100.000 Anhängern, die die neue Parteiführung unterstützen.

14. DEZEMBER

– Ministerpräsident Georgi Atanasow und der Sekretär des ZK der BKP Andrej Lukanow treffen sich mit Schelju Schelew und Georgi Spasow vom Bund Demokratischer Kräfte.

Nachmittags bilden Studenten (rund 50.000 Personen) eine Menschenkette um das Parlamentsgebäude in Sofia und fordern die Autonomie der Universität. Weitere Demonstranten schließen sich an und fordern die sofortige Änderung der Verfassungsbestimmung über die führende Rolle der kommunistischen Partei, die Absetzung der Regierung und freie Wahlen. Der neue kommunistische Führer Petar Mladenow erklärt während der Kundgebung: „Lieber Panzer einsetzen“, was später zu seinem Rücktritt beitragen wird.

15. DEZEMBER

– Sofia: Das Fernsehen strahlt eine Propagandareportage über die Ereignisse aus. Dem folgt eine weitere Demonstration und die Blockade des Fernsehgebäudes. 20.000 Demonstranten fordern Berichtigung und lösen sich erst am nächsten Tag, nach Erfüllung dieser Forderung, auf.

Die Regierung verkündet eine Amnestie für politische Häftlinge.

– In den nächsten Tagen kommt es im ganzen Land zu Demonstrationen.



Sofia, 13. Dezember. Kundgebung von Anhängern der kommunistischen Partei. Foto Nadeschda Tschipewa

Petko Simeonow, führender Vertreter des Bundes Demokratischer Kräfte, in einer Fernsehsendung:

Wenn eine Menge von vielen Tausend Menschen die Absetzung der Staatsführung, Auflösung des Parlaments, Verzicht der Partei auf ihre führende Rolle und ihren Rückzug aus den Betrieben fordert, dann ist das kein Extremismus. Das ist einfach ein Beweis dafür, dass die Gesellschaft den Regierenden, die eine tiefe gesellschaftliche und ökonomische Krise verursacht haben, kein Vertrauen mehr entgegenbringt.

Sofia, 16. Dezember [12]

13. DEZEMBER

– **POLEN.** Am 8. Jahrestag der Verhängung des Kriegszustandes finden in ganz Polen unabhängige Demonstrationen statt. Die Teilnehmer fordern, General Wojciech Jaruzelski als Staatspräsidenten abzusetzen und vor Gericht zu stellen. An vielen Orten schreitet die Miliz ein, Dutzende Teilnehmer werden zusammengeschlagen und festgenommen.

16. DEZEMBER

– **DDR.** In Berlin findet der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Erich Honecker, der sich im Hausarrest befindet, übersendet einen Brief mit Selbstkritik. Die Parteitagsteilnehmer bekommen auch einen Brief aus Moskau, in dem die Führung der KPdSU erklärt: „Wir sowjetischen Kommunisten haben bereits selbst erfahren, dass man das Leben nicht in Dogmen einzwängen kann.“

RUMÄNIEN

Wir haben der Welt gezeigt, dass wir in der Lage waren, uns um den höchsten Preis, den Preis des Blutvergießens, von dem Albtraum zu befreien. Obwohl mit einem Meer von Blut erkaufte, sind die Revolution und der Tod Ceauşescu ein großartiges Geschenk an das rumänische Volk. Angesichts der Verbrechen und der Verluste, die die Herrschaft der Familie Ceauşescu zu verantworten hat, halte ich die Strafe für gerecht. Ich sage das als rumänischer Bürger. Meine Gefühle sind im Augenblick eindeutig.

Ion Teşu, „regimetreuer“ Botschafter Rumäniens in Warschau,
im Gespräch mit Urszula Bielous Ende Dezember 1989 (Polityka Nr. 1/1990)



Bukarest, 22. Dezember. Straßenkämpfe.

Foto Jose Nicolas / CORBIS/FotoChannels

László Tőkés, Pfarrer der ungarischen Gemeinde der Reformierten Kirche in Temeschwar:

Sekretär und Bürgermeister kamen fünf Mal angelaufen. Die Zahl der Demonstranten verzehnfachte sich, sie forderten eine schriftliche Bestätigung, dass Tőkés nicht versetzt würde, und schleuderten den beiden derartige Beschimpfungen entgegen, dass es sich nicht ziemt, sie wiederzugeben. Um 15 Uhr lud [Bürgermeister Petru] Moț eine Delegation in seinen Amtssitz ein, um ihr ein entsprechendes Schreiben zu übergeben. Sie kamen ohne Schriftstück zurück, brachten stattdessen ein Ultimatum mit. Falls die

Demonstranten nicht bis 17 Uhr auseinander gingen, würden Wasserwerfer eingesetzt. Ich riet den Menschen, nach Hause zu gehen. In der immer größer werdenden Menge wuchs die Zahl der Rumänen, die andere Parolen riefen. [...] Als ich mich gegen 20 Uhr am Fenster zeigte, sangen sie die Nationalhymne, 5000 Stimmen! [...] Sie riefen: „Nieder mit der Diktatur von Ceaușescu“. [...] Die Mehrheit zog in Richtung Stadtzentrum. Ich spürte was passieren wird – eine Menge von fünf Tausend Menschen im Stadtzentrum ist zu allem fähig.

Temeschwar, 16. Dezember [47]



Temeschwar, im Dezember. Plakat mit dem Bildnis von Nicolae Ceaușescu. Foto Owen Franken / CORBIS/FotoChannels

16. DEZEMBER

– In Temeschwar finden Massendemonstrationen zur Verteidigung des Geistlichen László Tőkés statt, den die Behörden zu einer anderen Gemeinde versetzen wollen. Die Einwohner entfernen Porträts von Nicolae Ceaușescu und Symbole der kommunistischen Macht, werfen Werke des *conducători* aus den Buchläden auf die Straßen und vernichten sie ostentativ.

17. DEZEMBER

– In Temeschwar dauert die Demonstration vor dem Wojewodschaftsamt und dem Parteikomitee an.
 – Securitate-Einheiten schießen auf die wehrlose Menschenmenge. Dutzende kommen ums Leben, darunter Kinder.
 – Abends schreitet in Temeschwar das Militär ein, in der ganzen Stadt kommt es zum Aufruhr. László Tőkés wird festgenommen und nach Mineu zwangsversetzt.

18. DEZEMBER

– **DDR.** In Berlin wird am ostdeutschen Runden Tisch vereinbart, eine Gemeinschaft zweier getrennter deutscher Staaten zu schaffen. Festgelegt wird auch die Besetzung der vorläufigen Regierung der Nationalen Verantwortung, die bis zu freien Wahlen im Mai 1990 amtierem soll.

19. DEZEMBER

– **DDR.** Auf einer Kundgebung in Dresden tritt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundeskanzler der BRD auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs auf. Helmut Kohl erklärt seine Unterstützung für den demokratischen Wandel in der DDR. Während des Treffens mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow wird eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der es um eine schrittweise Wiedervereinigung geht.



Rumänische Flagge mit dem Loch anstelle des kommunistischen Staatswappens.

Foto Peter Turnley / CORBIS/FotoChannels

18. DEZEMBER

– Vor der Kathedrale in Temeschwar versammeln sich Menschen zum Gedenken an die Opfer des Massakers am Sonntag. Sicherheitsdienst und Miliz schneiden die Stadt von der Welt ab. Unterdessen statten Nicolae Ceaușescu und seine Ehefrau dem Iran einen offiziellen Besuch ab. Ein Teil der Militärkräfte unter Oberst Viorel Oancea stellt die Kämpfe gegen die Bevölkerung ein und geht auf die Seite der Demonstranten über.

– Nachrichten von den Unruhen gelangen in andere Städte Rumäniens. In Brașov findet eine Demonstration zur Unterstützung der Einwohner von Temeschwar statt, die Miliz schreitet ein.

19. DEZEMBER

– Kämpfe der Bevölkerung mit der Securitate in Temeschwar dauern den ganzen Tag an. Eine Delegation der Stadteinwohner beginnt Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Constantin Dăscălescu. Nachmittags stellt das Militär die Angriffe ein und zieht sich in die Kaserne zurück. Die Flagge mit einem Loch anstelle des ausgeschnittenen Staatswappens des kommunistischen Rumäniens wird zum Symbol der Revolution.

20. DEZEMBER

– In Temeschwar kommt es zu Massenstreiks, Soldaten demonstrieren gemeinsam mit Zivilisten, die Securitate-Einheiten ziehen sich endgültig aus der Stadt zurück. Die Menschenmenge ruft, „Wir fürchten den Tod nicht!“.

20. DEZEMBER

– **TSCHECHOSLOWAKEI.** In Prag findet der außerordentliche Parteitag der KPČ statt. Er verabschiedet eine Resolution, in der sich die Parteitagsdelegierten bei den Bürgern für Repressionen, Ungerechtigkeit, Folgen der Intervention der Truppen des Warschauer Paktes, Unterdrückung der Redefreiheit und eigennützige Machtausübung entschuldigen.

Aufruf an die ehemaligen KPČ-Mitglieder:

Genossen! In einer Zeit der Erneuerung, die Ihr selbst eingeleitet habt, wenden wir Delegierten des außerordentlichen Parteitags der KPČ uns [...] an Euch mit der Bitte, [...] uns die Vergangenheit zu verzeihen.

Prag, 20. Dezember [44]

21. DEZEMBER

– Die von Nicolae Ceaușescu in Bukarest einberufene Kundgebung, die die „Unruhestifter aus Temeschwar“ verurteilen soll, schlägt um in eine Demonstration gegen die kommunistische Macht. Der rumänische Führer verbarrikadiert sich im Sitz des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei. Die Miliz schreitet ein. Nachmittags tauchen auf den Straßen Truppen und Panzerwagen auf.

22. DEZEMBER

– Die rumänische Regierung verhängt den Ausnahmezustand. Zwischen den Truppen, die für den Aufstand eingetreten sind, und den Securitate-Kräften dauern die Kämpfe an. Verteidigungsminister General Vasile Milea kommt unter ungeklärten Umständen ums Leben.

Nach dem gescheiterten Fluchtversuch werden Präsident Nicolae Ceaușescu und seine Ehefrau Elena von Soldaten General Victor Stănculescus festgenommen und eingesperrt. Die Securitate schießt mit Maschinengewehren auf die Bevölkerung.

Auf den Straßen der rumänischen Hauptstadt dauern die Kämpfe noch einige Tage an. Es gibt mehrere Tausend Opfer. Die Front zur Nationalen Rettung steht an der Spitze der neuen Macht.



Bukarest, 21. Dezember. Nicolae Ceaușescu spricht vom Balkon des Sitzes des ZK der RKP.

Foto Associated Press / East News



Bukarest, 22. Dezember. Demonstranten auf einem Lastwagen. Foto Agencja ROMPRES

21. DEZEMBER

– **UNGARN.** Die Nationalversammlung beschließt die Selbstauflösung des Parlaments für den 16. März 1990, um die Durchführung freier Wahlen zu ermöglichen. Im neuen Jahr beginnt in Ungarn die nach Kriegsende erste echte Wahlkampagne zu den Parlamentswahlen. Mehr als 50 politische Parteien werden sich daran beteiligen.

Dorana Cosoveanu, Kustos des Nationalmuseums, Gründer des Bürgerbündnisses:

Gegen Abend [am 22. Dezember] ging die Hölle los. Kurze Serien aus Maschinengewehren zerschlugen Scheiben, durchlöchernten Wände, rissen scheinbar solide Türen aus den Türrahmen. Kein Telefon, kein Licht. Es fiel schwer, festzustellen, woher geschossen wurde, von außen oder von innen, waren das die Militärs oder die „Terroristen“... Die Nacht war grauenvoll und es schien, dass in jedem Augenblick alles zusammenstürzt. Gegen Morgengrauen liefen wir in drei „Patrouillen“, jeweils ein Kustos und mehrere junge Soldaten, durch die Säle der

„Europa-Galerie“. Vor unseren Augen eine unaussprechliche Tragödie: die Bilder Rubens', Rembrandts, Jordaens', Breughels hingen an Stümpfen von Bilderrahmen, die zum Teil angebrannt waren.

Unter stickigem Rauch trugen wir rasch die Reste dieser Weltwunder hinaus.

Als wir einen Gobelin aus dem 16. Jahrhundert retten wollten, der gestern noch eine wunderbare hellgrüne Farbe hatte, zerfiel er uns in den Händen wie Asche. Weinen? Schreien? Sich verstecken! Draußen wurde es immer heller. Der Beschuss wurde wieder aufgenommen.

Bukareszt, 22 grudnia [16]



Bukarest, 22. Dezember. Straßenkämpfe. Foto Radu Sighet / Reuters/FORUM

24. DEZEMBER

– **UdSSR.** Der Kongress der Volksdeputierten erklärt den Ribbentrop–Molotow–Pakt für ungültig. Damit gibt es keine Rechtsgrundlagen mehr für die Zugehörigkeit der baltischen Republiken zur Sowjetunion. Der 1. Sekretär der KPdSU Michail Gorbatschow stellt jedoch fest, die nationalen Bestrebungen der baltischen Republiken könnten zu Gewaltakten und zur Destabilisierung des Staates führen.

Virgilijus Čepaitis, Sekretär der Reformbewegung Sajudis:

Zunächst fürchteten wir uns vor dem Wort Unabhängigkeit. Jetzt nicht mehr. [...] Selbstverständlich ergibt sich die Frage, was passiert, wenn Panzer kommen. [...] Wenn der Wahnsinn gewinnt, werden wir nicht zur Gewalt greifen. Wir werden es so machen wie die Polen – abwarten. [42]





Bukarest, 22. Dezember. Straßenkämpfe zwischen Demonstranten und Securitate-Einheiten. Foto Fatih Saribas / Reuters/FORUM

Aus dem Urteil des außerordentlichen Militärtribunals:

Nicht nur in Temeschwar und Bukarest kam es zum Völkermord. Es geht um 25 Jahre Verbrechen: Man ließ das Volk hungern, entzog ihm Heizung und Elektrizität, vor allem waren es aber Verbrechen gegen den Geist. [...] Wie lange musste das rumänische Volk euch ertragen und fürchten, jeden Augenblick festgenommen, mit Drogen behandelt und in ein Irrenhaus eingesperrt zu werden!

Târgoviște, 25. Dezember [4]

25. DEZEMBER

– Der rumänische Diktator Nicolae Ceaușescu und seine Ehefrau werden kraft des Todesurteils, das nach einem mehrstündigen Prozess verkündet wurde, in der Stadt Târgoviște erschossen. Die aufständischen Kräfte sprechen den Diktator des Völkermordes schuldig sowie die Wirtschaft des Landes ruiniert und sich das Gemeineigentum von sehr hohem Wert angeeignet zu haben.

Die Bilder der Hinrichtung des Diktatorenpaars gehen um die Welt.



Bukarest, 25. Dezember. Fernsehübertragung von der Hinrichtung Nicolae Ceaușescus.

Foto Krzysztof Miller / Agencja Gazeta

26. DEZEMBER

– **BULGARIEN.** Die Unabhängige Gewerkschaft „Podkrepa“ organisiert in Sofia eine 24-stündige Demonstration für die möglichst schnelle Demokratisierung Bulgariens. Die Gewerkschafter fordern den sofortigen Rücktritt der Regierung, Auflösung des Parlaments und Ausschreibung freier Wahlen.

27. DEZEMBER

– **BULGARIEN.** Die Tagung des Runden Tisches unter Beteiligung der regierenden Kommunisten und der Opposition wird offiziell angekündigt (letztendlich beginnt sie zwei Wochen später). Neue politische Parteien entstehen. Die Regierung verpflichtet sich, die Rechte der türkischen Minderheit zu respektieren, die Ende der 1980er Jahre zahlreichen Repressionen ausgesetzt war.



Bukarest, 26. Dezember. Demonstration im Stadtzentrum. Foto Krzysztof Miller / Agencja Gazeta

26. DEZEMBER

– Das Amt des Staatspräsidenten übernimmt provisorisch Ion Iliescu, bisheriger hoher Funktionär der Rumänischen Kommunistischen Partei. Die Front zur Nationalen Rettung bildet die Regierung von Petre Roman (die drei Tage später bestätigt wird). Die Mehrheit der Ressorts übernehmen ehemalige Kommunisten. In der Hauptstadt findet eine Demonstration aus Protest gegen diese Regierungsbildung statt.

28. DEZEMBER

– Kämpfe mit den Überresten der Securitate in Bukarest flauen langsam ab, die Mehrheit der regimetreuen Milizeinheiten legt die Waffen nieder.

– **POLEN.** Der Sejm verabschiedet Wirtschaftsreformgesetze. Finanzminister Leszek Balcerowicz sagt: *„Diese 13 Gesetze und 7 Beschlüsse sind von umwälzender Bedeutung für die polnische Wirtschaft. Unser Vorschlag beinhaltet eine Wirtschaft auf der Basis von Marktmechanismen und einer Eigentumsstruktur wie in den hochentwickelten Ländern, eine Wirtschaft, die sich der Welt öffnet und deren Regeln für alle klar sind.“*

28. DEZEMBER

– **TSCHECHOSLOWAKEI.** Vorsitzender des Parlaments der tschechoslowakischen Föderation wird Alexander Dubček. Einen Tag später wird Václav Havel Staatspräsident. In seiner Amtsantrittsrede räumt er ein: *„Jetzt geht es nicht mehr um eine bessere Zukunft der Tschechoslowakei. [...] Aber es geht um mehr. Darum, dass der Weg, den wir zu einer besseren Zukunft gehen, zu einer besseren Zukunft Europas und der Welt führt.“*



Krakau, 1990. Das demontierte Staatswappen der Volksrepublik Polen: der Adler ohne Krone.

Foto Jerzy Szot / ZK

P O L E N

Lech Wałęsa:

Das Jahr 1989, das manchmal als Völkerherbst bezeichnet wird, ist zu Ende. In Polen war es durch die offizielle Umbenennung des Staates gekennzeichnet: von der Volksrepublik Polen wieder (wie vor dem Krieg) zur Republik Polen. Auch das Staatswappen wurde verändert, der weiße Adler hat seine goldene Krone zurück bekommen. [53]

30. DEZEMBER

– **POLEN.** Der Senat bestätigt die Novellierung der polnischen Verfassung. Seit dem Jahreswechsel gilt die neue Staatsbezeichnung – Republik Polen. Das neue Staatswappen ist der weiße Adler mit goldener Krone auf rotem Hintergrund. Aus der Verfassung wird der Passus über die führende Rolle der kommunistischen Partei entfernt. Die Freiheit, neue politische Parteien zu gründen, wird garantiert.



Bukarest, im Dezember. Siegesdemonstration.
Foto Libertate Roumanie, 1989

30. DEZEMBER

– Pfarrer László Tőkés erklärt: „Die Strafe für die Eheleute Ceaușescu war ein Akt der Gerechtigkeit. Doch dass ihre Leichen im Fernsehen gezeigt wurden, war unwürdig. Ich empfinde keinen Hass gegen sie. Gott möge ihnen verzeihen.“

31. DEZEMBER

– Die Front zur Nationalen Rettung beschließt ein Dekret über die Registrierung und Tätigkeit politischer Parteien in Rumänien.

Ion Matei, Vorsitzender der neugegründeten rumänischen Partei der Wiedergeburt:

Es gibt mehr Elektrizität und Lebensmittel in den Geschäften. Auch die Redefreiheit haben wir. Trotzdem wirken die alten Machtstrukturen weiter. Es gibt zu viele von denen, die noch vor zwei Wochen im Namen von Ceaușescu Reden hielten und nun über Demokratie palavern. Solange sich das nicht ändert, ändert sich gar nichts.

Bukarest, im Dezember [13]

31. DEZEMBER

– **DEUTSCHLAND.** Am Brandenburger Tor in Berlin heißt eine halbe Million Menschen das Neue Jahr willkommen. Die große Party steht unter der Parole der Wiedervereinigung Deutschlands. Nach offiziellen Angaben verließen im Jahr 1989 rund 350.000 DDR-Bürger ihr Land.

ZWEI JAHRE SEPTEMBER

Bartosz Kaliski

Mikhail Gorbatschow, der die Sowjetunion reformieren wollte, wurde zu ihrem Totengräber. Er war Präsident der UdSSR und hatte weitgehende Befugnisse, die Implosion des Systems und die galoppierende Wirtschaftskrise wurden dadurch nicht gestoppt. Seit Anfang 1990 erklärten Litauen, Lettland und Estland ihre Unabhängigkeit und strebten die vollständige Ablösung von Moskau an. In Transkaukasien zeichneten sich Nationalitätenkonflikte ab.

Im Januar 1991 hielt der blutige Angriff der sowjetischen Sonderkräfte auf die litauischen Regierungsgebäude in Wilna den Lauf des Geschehens nicht auf: Die baltischen Republiken wurden erneut unabhängig. Von der fehlenden Entschlossenheit Gorbatschows profitierte Boris Jelzin, der sich von der Last der Vergangenheit lossprach und seit Juni 1991 Präsident der Russischen Föderation, der größten Republik der SU war. Mitte 1991 wurden die letzten Hegemonieinstrumente der UdSSR abgeschafft: der Warschauer Pakt und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Im Dezember 1991 unterzeichneten Boris Jelzin und die nach Unabhängigkeit strebenden Führer Weißrusslands und der Ukraine ein Abkommen über die Auflösung der UdSSR. Auf dem postsowjetischen Territorium entstand eine lockere Struktur, die den Namen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bekam.

Der Zerfall des sowjetischen Blocks veränderte die politische und wirtschaftliche Lage Europas. Die Regierungen der zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft novellierte die Gründungsverträge. Am 7. Februar 1992 wurde die Gemeinschaft im niederländischen Maastricht in die Europäische Union umgewandelt.

In Polen gab es seit Januar 1990 radikale Umwälzungen. Die PVAP hörte auf zu existieren. Das Solidarność-Lager zerfiel in mehrere Gruppierungen, die sich gegenseitig bekämpften. Ein krasses Beispiel war der Kampf zwischen Tadeusz Mazowiecki und Lech Wałęsa um das Amt des Staatspräsidenten, der in allgemeinen Wahlen bestimmt wurde; Wałęsa siegte. Die Regierung Mazowieckis setzte die polnische Wirtschaft einer Schocktherapie aus, genannt „Balcerowicz-Plan“, die zum Anstieg der Arbeitslosigkeit und Bankrott vieler unrentabler Betriebe führte, aber vor allem den Unternehmungsgeist der Bürger förderte und zur ökonomischen Rationalität beitrug.

In Bulgarien kam es Anfang 1990 zu Gesprächen zwischen Regierenden und Oppositionellen am Runden Tisch. Der Staats- und Parteiführer Todor Schiwkow wurde wegen Machtmissbrauchs und Schüren von Nationalitätenkonflikten (d.h. die Zwangsbulgarisierung der türkischen Minderheit) zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Die Postkommunisten gewannen in freien Wahlen, akzeptierten jedoch die Wahl des oppositionellen Philosophen Schelju Schelew zum Präsidenten.

Im weiterhin unruhigen Rumänien saßen auch ehemalige Ceaușescu-Anhänger in der neuen Regierung, doch das Land entwickelte sich allmählich in Richtung parlamentarischer Demokratie und Marktwirtschaft.

Im März 1990 fanden in der DDR freie Wahlen statt, in deren Folge die SED die Macht verlor. Die Sowjetunion beanstandete die Wiedervereinigung Deutschlands nicht, so dass sie letztendlich am 3. Oktober 1990 vollzogen werden konnte.

Die in ihrer Mehrheit nicht vernichteten Stasi-Akten wurden zur Grundlage einer eingehenden und strengen Beurteilung des ostdeutschen Kommunismus. Der Prozess gegen Honecker kam zwar nicht zustande und der für die Verbrechen der DDR verantwortliche Politiker konnte Europa verlassen, trotzdem wurde die schnelle und gerechte Abrechnung mit dem Erbe der SED-Diktatur zum unerreichten Vorbild für andere Länder der Region.

In den übrigen Ländern entwickelte sich das gesellschaftliche Bewusstsein über den verbrecherischen Charakter des Kommunismus entschieden langsamer. Symbol des Wandels in Ungarn war der 1990 gewählte Staatspräsident Árpád Göncz, ein Schriftsteller, der einst durch das Kadar-Regime wegen seiner Teilnahme an der Revolution von 1956 zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt worden war. In den Ländern der Region fiel es leichter, der Opfer der kommunistischen Diktaturen zu gedenken, als deren Führer zu verurteilen. Bis heute kam es zu keiner Abrechnung mit dem Kommunismus im internationalen Maßstab.

Im April 1990 wurde die Tschechoslowakei in Tschechische und Slowakische Föderative Republik umbenannt. Die Entkommunisierung war vollzogen (Aktivisten der Kommunistischen Tschechoslowakischen Partei wurden von der Teilnahme an der Macht ausgeschlossen). Am 1. Januar 1993 hörte der neue föderative Staat auf zu existieren, das unabhängige Tschechien und die unabhängige Slowakei betraten die Bühne der Geschichte. Tschechiens Staatspräsident wurde Václav Havel.

In den Jahren 1991–94 verließen die sowjetischen Truppen endgültig alle Länder Mitteleuropas, die ihre vollständige Unabhängigkeit wiedererlangt und in denen die Sowjets als Besatzungstruppen residiert hatten.

Die führenden politischen Kräfte in den postkommunistischen Ländern waren sich darüber einig, dass ihr Ziel die wirtschaftliche und politische Integration in die westliche Welt sein sollte. Sie alle sprachen sich mehr oder weniger radikal von der kommunistischen Vergangenheit los. Die ethnischen Spannungen zwischen Ungarn, der Slowakei und Rumänien wurden auf dem Verhandlungswege und mittels bilateraler Verträge geschlichtet. Nach der Periode der ökonomischen Katastrophe beschritt dieser Teil Europas den Weg des wirtschaftlichen Wachstums.


1994 begann die Umsetzung des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ in Zusammenarbeit mit der Nato. Im März 1999, wurden Tschechien, Polen und Ungarn vollberechtigte Mitglieder des Nordatlantischen Paktes. 2004 traten Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien und die Slowakei dem Pakt bei.

Am 1. Mai 2004 traten die drei baltischen Republiken, Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn der Europäischen Union bei. Drei Jahre später schlossen sich Rumänien und Bulgarien an.

Die Staaten, die noch zwei Jahrzehnte zuvor in einem zivilisatorischen und wirtschaftlichen Marasmus gesteckt und die imperialen Interessen der Sowjetunion unterstützt hatten, wurden vollberechtigte Mitglieder des vereinten Europa, das auf der Achtung der Menschen- und Freiheitsrechte, auf demokratischen Grundlagen und dem Selbstbestimmungsrecht basiert.

QUELLENVERZEICHNIS

1. *Berlin Alexanderplatz*, CD nr 2, Random House-Deu 2005.
2. Piotr Bielawski, Romuald Lazarowicz, *Dziwny rok 1989*, Janki 2000.
3. Biuletyn Informacyjny. Pismo Solidarności Polsko-Czechosłowackiej Nr. 16/1990.
4. Elżbieta Centkowska, *Jesień Ludów '89. Kalendarium wydarzeń*, Warszawa 1992.
5. *Charta 77. 1977–1989. Od moralni k demokratecké revoluci*, red. V. Prečan, Bratislava 1990.
7. *Gazeta Krakowska*, 25. Juli 2005.
8. *Gazeta Polska*, 13. Mai 1989.
9. *Gazeta Wyborcza*, 8. Mai 1989.
10. *Gazeta Wyborcza*, 15. Juni 1989.
11. *Gazeta Wyborcza*, 20. September 1989.
12. *Gazeta Wyborcza*, 13. Oktober 1989.
13. *Gazeta Wyborcza*, 18. Dezember 1989.
14. *Gazeta Wyborcza*, 1./2. Januar 1990.
15. *Geremek opowiada, Żakowski pyta. Rok 1989*, Warszawa 1990.
18. Hans-Hermann Hertle, *Chronik des Mauerfalls*, Berlin 1997.
19. *Inigma de szapte ani. Timișoara 1989–1996*, Biblioteca Sighet, Bd. 4, Bukareszt 1997.
20. *Istorija i civilizacija*, Sofija 2006.
21. *Jana Klusaková a Jiří Dienstbier rozmlouvají*, Praha 1993.
22. Martin Jankowski, *Der Tag, der Deutschland veränderte. 9 Oktober 1989*, Leipzig 2007.
23. Wojciech Jaruzelski, *Przemówienia 1988*, Warszawa 1989.
24. Tomasz Jastrun, *Dziennik zewnętrzny*, in: *Kultura*, Paris, Nr. 10/1989.
25. *Nur in den Grenzen von heute*, in: *Der Spiegel*, Nr. 49, 1989.
27. *Keď sme brali do rúk budúcnosť*, Bratislava 1990.
28. Helmut Kohl, *Ich wollte Deutschlands Einheit*. Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996.
29. *Komitet Obywatelski przy Przewodniczącym NSZZ „Solidarność” Lechu Wałęsie. Stenogramy posiedzeń 1987–1989*, Warszawa 2006.
30. *Koniec Epoki. Wywiady Maksymiliana Berezowskiego*, Warszawa 1991.
31. *Lidové noviny* Nr. 11, 1989.
32. *Lidové noviny* Nr. 12, 1989.
33. *Magyar Nemzet*, 17. Juni 1989.
34. *Neues Deutschland*, 6 Juni 1989.
35. *Nowa Koalicja* Nr 8/1989.
36. Janusz Onyszkiewicz, *Ze szczytów do NATO*, Warszawa 1999.
37. *Opinia Białostocka*. Pismo KPN. Obszar X Białystok, Januar 1989.
38. Alojzy Orszulik, *Czas Przełomu. Notatki z rozmów z władzami PRL w latach 1981–1989*, Warszawa 2006.
39. *Pamięć wyszehradzka*, in: *Karta* Nr 37, 2003.
41. *Pokojowa rewolucja w NRD w prasie polskiej 1989–1990*, Berlin–Warszawa 2006.
42. *Polityka* Nr. 23/1989.
43. *Polityka* Nr. 35/1989.
45. Petr Pospíchal, Bericht, mitgeschnitten und verschriftlicht von Katarzyna Madoń-Mitzner im Oktober 2002.
46. Mieczysław Rakowski, *Dzienniki polityczne 1987–1990*, Warszawa 2006.
47. *Reflex* Nr. 46/2004.
48. *ResPublica* Nr. 9–12/1989.
49. Anna Richter, *Ellenzéki Kerekasztal. Portrévázlatok*, Budapest 1990.
51. *Rudé Právo*, 21. Dezember 1989.
52. *Sborník prací absolventů a současných studentů*, Hranice 1996.
53. Georgi Spasow, Aufnahme Rumiana Uzunowas für das Radio Freies Europa, 11. Dezember 1989.
54. Titus Suciú, *Reportaj cu inimă in gură. Timisoara 16–22 grudnia 1989*, 1990.
55. *Tajne dokumenty Biura Politycznego i Sekretariatu KC. Ostatni rok władzy 1988–1989*, Hrsg. Stanisław Petrzykowski, London 1994.
56. Teresa Torańska, *Byli*, Warszawa 2006.
57. *Tygodnik Powszechny* Nr. 39/1989.
58. *Tygodnik Solidarność*, 2. Juni 1989.
59. *Tygodnik Solidarność*, 1. Dezember 1989.
60. Lech Wałęsa, *Droga do wolności. 1985–1990*, Warszawa 1991.
61. Stefan Woll, *Die heile Welt der Diktatur: Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998.
62. *Wybory '89 w Krakowie. Wspomnienia, relacje i dokumenty z kampanii wyborczej Małopolskiego Komitetu Obywatelskiego „Solidarność”*, Kraków 1999.
63. *Wynegocjowany upadek komunizmu: polskie rozmowy Okrągłego Stołu, dziesięć lat później*, University Michigan, 7.–10. April 1999.
65. *Życie Warszawy*, 7. Februar 1989.

Das Zentrum KARTA – eine unabhängige gemeinnützige Nichtregierungsorganisation – beschäftigt sich mit Dokumentation und Popularisierung der Zeitgeschichte Polens und Ostmitteleuropas. KARTA nahm 1982 seine Verlagstätigkeit im politischen Untergrund auf und begann 1987 mit der Sammlung zeitgeschichtlicher Dokumente, 1989 wurde die Tätigkeit legal. 1992 entwickelte das Zentrum seine internationale Zusammenarbeit und 1996 kamen Aufgaben der historischen Bildung hinzu. Auf Initiative von KARTA wurde 2005 das Haus der Begegnung mit der Geschichte gegründet. 

Das Jahr **1989** verging so intensiv, als ob die ganze freiheitliche Umwälzung des Mittel- und Osteuropas sich in seinem Rahmen vollzogen müsste. Die Vorzeichen der Systemwende waren im Januar noch nur gering. Im Dezember wurde das neue unabhängige Sein Realität für Polen, Ungarn und Tschechoslowakei; auch in der DDR, Bulgarien, Rumänien und den baltischen Republiken der UdSSR fand eine tiefe Verwurzelung der Transformationsidee statt.

Wir möchten das Bild der Gesellschaften darstellen, die jenes Jahr als einen echten Staffellauf erlebt haben. Ohne sich direkt zu verständigen, zum Handeln aufzurufen und ohne zuvor die Daten vereinbart zu haben, überreichte das eine Volk dem anderen den Staffelstab. Die in einem Land beendete Aktion wurde reibungslos in einem anderen fortgesetzt. Der Frühling gehörte den Polen. Der Sommer – den Ungarn und der "Baltischen Kette". Der Herbst – der Deutschen, Tschechen, Slowaken und Bulgaren. In der ersten Wintertagen haben auch die Rumänen den Umbruch gespürt. 